

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 Mk. im Voraus zahlbar, Volleinsendung 4,32 Mk. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Vertriebsgebühren. Auslandsendungen 6.- Mk. pro Monat; für Länder mit einschlägigen Druckgesetzen 6.- Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Donnerstags und Freitags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Lust und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“, „Lohn“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Disz.-Ges., Depofitent., Jerusalemstr. 65-66.

Dienstag
17. Februar 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvaleszenz des 80-jährigen, kranken Reichspräsidenten, „Kleine Anzeigen“ aus dem Verlags- und Druckgeschäft, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Gedruckt bei der ersten 10 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Verlagsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme einschließlich Druck- und Postgebühren wöchentlich von 14 bis 17 Uhr.

König Alfons' Verzweiflungsschritt

Sanchez Guerra betraut. — Verhandlungen mit den Sozialisten im Gefängnis

Paris, 16. Februar. (Eigenbericht.)

Der König hat am Montag den liberalen Führer Sanchez Guerra mit der Regierungsbildung beauftragt. Dieser erklärte sich, wie der „Temps“ berichtet, bereit, den Versuch zur Bildung eines liberal-republikanischen Kabinetts zu unternehmen. Er habe jedoch die Bedingung gestellt, daß die unter seiner Regierung einzuberufende verfassunggebende Nationalversammlung in voller Unabhängigkeit und Freiheit über die Zukunft Spaniens beschließen solle. Santiago Alba, dem der König zunächst die Regierungsbildung angetragen habe, habe mit der Begründung abgelehnt, daß er „außerhalb der Krise bleiben“ wolle. Die Nachricht von der Beauftragung Guerras, so meldet der „Temps“ weiter aus Madrid, hat zwar niemanden überrascht, da sich die Bildung eines Kabinetts zur Verteidigung der Krone als unmöglich herausgestellt hat. Schon jetzt aber habe die sozialistische Partei und ein großer Teil der republikanischen Parteien ihre Mitarbeit an der neuen Regierung verweigert. Ob es daher gelingen werde, die Monarchie unter dem Schutz- und Dedmantel eines republikanischen Kabinetts zu retten, müsse abgewartet werden.

Guerra soll die Vizepräsidentschaft in der neuen Regierung dem bekannten liberalen Politiker Alvarez angeboten haben. Er soll ferner die Absicht haben, mit dem Republikaner Ferrer zu verhandeln, der sich seit dem Zustand von Saca in Spanien verborgen gehalten hatte. Unklar ist zunächst jedoch vor allem noch, wie sich die Armee und die politischen Generäle, die sonst immer im Vordergrund der politischen Bühne standen, verhalten werden.

Wie verzweifelt muß die Lage des Königs Alfons sein, wenn er gerade den Mann mit der Kabinettsbildung betraut, der in den Augen der spanischen Monarchisten der typische Renegat ist! Sanchez Guerra war der Führer des mißglückten Putschs von Valencia, der Anfang 1929 gegen die Diktaturregierung Primo de Riveras unternommen wurde. Man internierte ihn damals zehn Monate lang auf einem Kriegsschiff und stellte ihn dann vor ein Kriegsgericht. Doch wurde er glänzend freigesprochen, weil er beweisen konnte, daß, nachdem der König selbst die Verfassung außer Kraft gesetzt und gebrochen hatte, Auflehnungen gegen den König nicht mehr als Hochverrat bezeichnet werden könnten.

Seidem war Sanchez Guerra, einstmals der Führer der königstreuen Konserwativen, einer der Köpfe der republikanischen Bewegung geworden. Nach dem Sturz Primos sprach er in öffentlichen Versammlungen für die Republik, die er als einzige wirklich nationale Lösung aus der durch die Schuld des Königs entstandenen Krise bezeichnete. An der republikanischen Erhebung vom vergangenen Dezember scheint er zwar nicht aktiv mitgewirkt zu haben, aber seine Sympathien waren zweifellos auf der Seite der Aufständischen. Er wurde der Führer jener Partei der „Konstitutionalistischen“, die, ebenso wie die Sozialisten und die bürgerlichen Republikaner, gewöhnliche Parlamentswahlen zu boykottieren beschloß. Wahlen hätten nur dann einen Wert, wenn sie über die zukünftige Staatsform entscheiden könnten, das Volk solle selbst darüber entscheiden, ob es die Republik schaffen oder die Monarchie beibehalten wolle, das neue Parlament müsse vor allem die Aufgabe haben, Spanien eine neue Konstitution zu geben.

Zunächst hat der König mit Hilfe seines getreuen General Berenguer versucht, mit den Mitteln der Zensur die Boykottbewegung zu unterdrücken. Er erreichte damit nur eine neue revolutionäre Zuspitzung und ließ in letzter Stunde Berenguer fallen. Seine Hoffnung, eine neue monarchistische Regierung auf die Beine zu bringen mit etwas weniger reaktionären, aber doch königstreuen Elementen wie Romanones, scheiterte. Schließlich hat er sich an den Abtrünnigen der Monarchie, an Sanchez Guerra, wenden müssen.

Eine schlimmere Demütigung für Alfons XIII. erscheint kaum denkbar. Der von ihm betraute Mann hat sofort mit den im Gefängnis sitzenden Sozialisten und Republikanern, die am mißglückten Dezemberputsch teilgenommen haben, über deren Eintritt in das Kabinett verhandelt! Indessen haben die Gefangenen es abgelehnt, ihre Zelle mit Ministerjesseln zu vertauschen, solange sie noch außen hin noch als Minister des Königs gelten würden. Sozialisten und Republikaner geben jetzt aufs Ganze, sie sind überzeugt, daß sie jetzt gewonnenes Spiel haben, nachdem die Volksstimmung den König zu dem Verzweiflungsschritt der Berufung Sanchez Guerras gezwungen hat.

In der Tat, es scheint, daß dieser Schritt zu spät erfolgt. Vielleicht hätte Alfons noch vor einem halben Jahr durch die Berufung seiner Gegner seinen Thron retten können: eine solche Geste hätte ihm möglicherweise manche Sympathien eingebracht, die er inzwischen verscherzt hat, und Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung hätten dann noch eine monarchistische Mehrheit ergeben. Heute ist es kaum

denkbar, daß das spanische Volk angesichts der moralischen Kapitulation des Königs sich bei freien Wahlen für die Erhaltung der Dynastie aussprechen wird. Die Errichtung der Republik in Spanien dürfte, falls die republikanischen Elemente keinen schwerwiegenden Fehler begehen, nur noch eine Frage von Monaten, vielleicht sogar nur von Tagen sein.

König verzichtet sogar auf Ministereid!

Wie der Londoner „Daily Herald“ aus Madrid meldet, hatte sich der König Sanchez Guerra gegenüber damit einverstanden erklärt, daß die sozialistischen und republikanischen Führer als Minister keinen Eid auf den König ablegen!

Guerra oder Alvarez?

Paris, 16. Februar.

Lieber den Stand der spanischen Kabinettskrise berichtet Havana aus Madrid: Heute abend herrscht der Eindruck vor, daß die Sozialisten nicht geneigt sind, sich an einer Regierung Sanchez Guerra zu beteiligen. Wenn Sanchez Guerra es unter diesen Umständen nicht gelingen sollte, die Regierung zu bilden, würde wahrscheinlich Melquiades Alvarez mit der Kabinettsbildung beauftragt werden. Da Alvarez dem äußersten linken Flügel der Konstitutionalisten angehört, erwartet man, daß es ihm leichter fallen wird, die Beteiligung der Sozialisten und Republikaner an der Regierung zu erreichen.

Daß sich Sanchez Guerra der Schwierigkeit seiner Aufgabe bewußt ist, geht aus einer weiteren Erklärung hervor, die er heute nachmittag abgegeben hat. Er antwortete auf die von Journalisten an ihn gestellte Frage, ob alles gut gehe: „Nein, es geht nicht alles so wie ich es wünsche. Das Interessanteste fehlt mir.“ (Gemeint sind offenbar die Sozialisten. Red.)

Sanchez Guerra verhandelt heute weiter.

M. Madrid, 16. Februar.

Sanchez Guerra hat dem König am Montag mitgeteilt, er könne ihm an diesem Tage keine Ministertafel mehr vorlegen, da er zu müde sei, um weiter zu verhandeln. Er wolle am Dienstag seine Unterredungen fortsetzen, insbesondere wolle er nochmals versuchen, die im Gefängnis befindlichen republikanischen und sozialdemokratischen Politiker auf seine Seite zu bringen, ebenso wie den Republikaner Maranon umzustimmen.

Der Republikanerführer Alcala Zamora hat aus dem Gefängnis heraus eine Note veröffentlicht, in der er die augenblickliche Krise als den ersten Sieg der Revolution bezeichnet und die Massen aufruft, durchzuhalten bis zum Endsieg, das heißt bis zur Errichtung der Republik, die in greifbarer Nähe gerückt sei.

Sieben Jahre Reichsbanner!

Freitag: Sportpalast. — Sonntag: Lustgarten.

Am kommenden Sonntag 15 Uhr wird der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Genosse Otto Hörsting, den Appell über die Berliner Schutz- und Stammformationen des Reichsbanners des Gau Berlin-Brandenburg abnehmen. Zwei Tage vorher, am Freitag, dem 20. Februar, 20 Uhr, veranstaltet der Gau eine großangelegte Kundgebung anlässlich des siebenjährigen Bestehens der Republikanischen Schutztruppe im Sportpalast, bei der der Staatsminister Grimm die Ansprache halten wird. Mitwirkende sind ferner: Heinrich Wille vom Staatstheater, der Männerchor „Fichte-Georgia 1879“ (Mitglied des DVB) unter der Leitung seines Dirigenten Wilhelm Knochel, und die vereinigten Spielmannszüge und Musikchöre des Reichsbanners. Eintrittskarten zum Preise von 1 Mk. sind bei den Funktionären des Reichsbanners, in verschiedenen „Vorwärts“-Filialen und im Gaubüro, Sebaßianstr. 37/38, erhältlich.

Lappopräsident in Finnland.

Mit zwei Stimmen Mehrheit gewählt.

Helsingfors, 16. Februar. (Eigenbericht.)

Im Verlauf der Reichspräsidentenwahl blieb der Kandidat der Lappisten, Premierminister Solnhufud im dritten Wahlgang Sieger. Solnhufud wurde mit 151 gegen 149 Stimmen gewählt, die auf den von den Liberalen und Sozialisten unterstützten Kandidaten Stahberg entfielen.

Das Ergebnis des zweiten Wahlganges war: Stahberg 149, Solnhufud 93 und Kallio 33 Stimmen.

Die Bundespräsidentenwahl.

Von Friedrich Austerlitz-Wien.

In Oesterreich wird das Satyrspiel auch vor der Tragödie aufgeführt: das zeigt die Komödie, die sich rund um die Präsidentenwahl abspielt. Wenn man davon gar nichts wüßte als die Tatsache, daß die Wahl des Bundespräsidenten am 10. Februar 1931 für den — 18. Oktober 1931 „ausgeschrieben“ wurde, also auf mehr als acht Monate, so hätte man schon eine Ahnung von den Torheiten, die da in Szene gehen. Ist jemals in der Welt eine Wahl so bestimmt worden, daß sie erst acht Monate nach ihrer Anordnung zu geschehen hat? Daß das ausgerechnet bei der Wahl des Bundespräsidenten geschieht, kann seinen Grund natürlich nur in Ungeheuerlichkeiten haben.

Anfangs hatte die Republik Oesterreich überhaupt keinen besonderen Bundespräsidenten. Seinerzeit war der Erste Präsident der Nationalversammlung mit der Tätigkeit eines Bundespräsidenten betraut. Erst die Verfassung vom Oktober 1920 schuf das Amt des Bundespräsidenten, dem hauptsächlich nur Repräsentationspflichten oblagen. Die Verfassung stellte eben das Parlament in den Mittelpunkt: es konnte sich nun selbst, durch Gesetz, auflösen, es konnte nicht verlagert werden, und seine Sache war die Bildung der Regierung. Auf alle diese entscheidenden Elemente der Demokratie hatte der Bundespräsident keinen Einfluß. Damit in Uebereinstimmung ging auch die Wahl des Bundespräsidenten vor sich: er wurde von der Bundesversammlung (Nationalrat oder Bundesrat) gewählt. Für einen so kleinen und bescheidenen Staat, wie es Oesterreich nun einmal ist, sicherlich die sachgemäße Wahl. Sie hat manchmal mehrere Wahlgänge beansprucht, ist aber immer, ohne irgendwelche Leidenschaftlichkeiten zu wecken, an einem Tage zustande gebracht worden. Das letztemal im Dezember 1928, als der damalige christlichsoziale Nationalratspräsident Miklas, allerdings mit einer sehr geringen Mehrheit, gewählt wurde.

Der ehrgeizige Prälat Seipel, der Oesterreich jahrelang regiert hat, wollte schon damals die höchste Stelle der Republik für sich, und wollte sie, damit sie seiner Herrschaft genüge, erhöhen: also sollte der Bundespräsident nicht mehr in bescheidener Art, sondern wie der deutsche Reichspräsident vom ganzen Volk in unmittelbarer Wahl gewählt werden. Dazu sollte er Macht bekommen, also mit dem Recht ausgestattet werden, den Nationalrat aufzulösen und die Bundesregierung einzusetzen. Er sollte Machtfaktor neben dem Parlament und gegen das Parlament sein. 1928 mißlang Seipels Plan; die Verfassungsreform von 1929 brachte ihm unter wesentlich veränderten Machtverhältnissen die Erfüllung seiner Wünsche. Danach wird die Bundesregierung vom Bundespräsidenten ernannt und der Bundespräsident kann den Nationalrat auflösen (aber wie in Deutschland nur einmal aus demselben Anlaß). Herr Miklas hat beides schon getan. Man hat sich davon, daß die Regierung nicht mehr vom Nationalrat gewählt, vielmehr vom Bundespräsidenten ernannt wird, eine gewisse Stabilisierung der politischen Verhältnisse versprochen; wie diese Erwartung getrogen, hat die Einsetzung der Verfassungsbruchregierung Baugoin mit ihren zwei Heimwehrministern bewiesen und hat die Auflösung des Nationalrates dargetan, deren „Grund“ kein anderer gewesen ist, als daß die vom Bundespräsidenten eingesezte Regierung im Parlament keine Mehrheit gefunden hätte. Nun war aber die Verfassungsreform da, die die Volkswahl des Bundespräsidenten einführt, und war der Bundespräsident da, der nicht aus einer Wahl durch das Bundesvolk hervorgegangen, der noch von der Bundesversammlung erwählt worden ist. Wie sollte das vereint werden?

Man kam zu dem Ausweg, dem alten Bundespräsidenten die neuen Funktionen zuzuwenden, ihm aber das Amt weder für die Zeit zu lassen, für die er gewählt war (das wäre bis 5. Dezember 1932), noch aber die Wahl des neuen Bundespräsidenten schon anzuberaumen. Man half sich damit, daß man bestimmte, die Ausschreibung der Wahl des neuen Bundespräsidenten habe „binnen zehn Wochen nach dem Zusammentreten des nächsten neugewählten Nationalrates“ erfolgen. Da der am 9. November 1930 gewählte Nationalrat am 2. Dezember 1930 zusammengetreten ist, so waren die zehn Wochen am 10. Februar 1931 um. Die Ausschreibung der Wahl war also längst fällig. Aber es graut so ziemlich allen Menschen in Oesterreich vor der ganz zwecklosen Behelligung mit dieser Wahl, zumal man im christlichsozialen Lager anscheinend ernstlich daran denkt, Herrn Miklas dem Dr. Seipel zum Opfer zu bringen, dieser zurzeit aber krank und auf Urlaub in der Schweiz ist. Also wollte man um keinen Preis gegenwärtig wählen. Da aber die Verfassung die Ausschreibung vorschreibt, hat die Regierung zu dem wahrhaft grotesken Ausweg gegriffen, die Wahl zwar am 10. Februar auszuschreiben, den Wahltag aber für den 18. Oktober festzusetzen, wobei noch eine besondere Bursche unterlaufen ist. So ist das Gesetz über das Verfahren bei dieser Wahl noch nicht erlassen, also die Regierung noch gar nicht ermächtigt, den Wahltag festzusetzen! Natürlich wird man mit einer Wahl nicht ans-

Hafenkreuzzellen in der Justiz.

Der wirkliche Krebschaden, der ausgeräumt werden muß.

In der Sitzung des Hauptausschusses des Preussischen Landtags führte Abg. Genosse Kuttner aus:

Die erhebliche Verschlechterung der politischen Rechtsprechung im letzten Jahr zeigt, daß die Justiz konjunkturellen Schwankungen unterworfen ist. Ein so frohes soziales Vorurteil wie das Berufungsurteil gegen Stinnes, in dem es heißt, er habe zwar auf dem Rücken des notleidenden Vaterlandes Krupp'sche Geschäfte gemacht, aber seine Herkunft, Erziehung und gesellschaftliche Stellung schützten ihn trotzdem vor dem Vorwurf absichtlichen Betruges, werde man Jahre zurück kaum finden.

Eine ganze Reihe von Polizeipräsidenten habe in den letzten Monaten erklären müssen, daß die Einstellung der Gerichte ihnen den Schuß von Ruhe und Ordnung unmöglich mache.

Insbesondere aus Dortmund und Kassel liegen eine ganze Anzahl von Fällen vor, in denen schwer belastete Nationalsozialisten freigesprochen worden seien, weil das Gericht die Auslage der Polizeibeamten für unglaubwürdig erklärt und sie obenrein verurteilt hätte. Selbst in Berlin hat Amtsgerichtsrat Rosenthal einen Nationalsozialisten, der einen Polizeileutnant zu Boden geschlagen hatte, nur mit 30 Mark Geldstrafe belegt und zur Bewährungsfrist empfohlen. In Bielefeld hat der Oberstaatsanwalt jedes Einschreiten gegen den Raziogitator Hiltmann auch bei den größten Beschimpfungen der Republik abgelehnt. In Kattow ist der dorthin strafverurteilte nationalsozialistische Lehrer Wamczny, der aus der Handlung seiner Frau einen Revolver entnommen und damit in einer Versammlung mehrere Schüsse abgegeben hat, wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In Köslin hat das Schöffengericht den Vorwurf zynischen Amisnährbroschs, gerichtet gegen die preussische Regierung, mit 50 Mark Geldstrafe gelohnt. Das Berufungsgericht hat jetzt den Grafen Westarp als Sachverständigen dafür geladen, daß die Ausdrücke zynisch und freivol in politischen Kreisen nicht als beleidigend gelten. Der Ausdrucks Judentasche, gebraucht gegenüber dem Preussischen Innenminister, ist von einem Berliner Schöffengericht für einen straffreien volkstümlichen Ausdruck erklärt worden. Ebenso der Ausdruck Samirichkeit, gebraucht gegenüber dem sozialdemokratischen Landrat Brandt, natürlich von einem Raziogitator, der wegen Diebstahls mehrfach vorbestraft war. Sämtliche Verhandlungsreden des Landvolkagitators Hamkens erklären die Gerichte für eine sorgfältige Handlung und deshalb nach Erhebung der ersten Anklage für straflos. Die Bezeichnung des Reichsleiters als Lump kostet 140 Mark. Ebenso billig kommt Oberstaatsanwalt Dürberg bei seinen dauernden Beschimpfungen weg. Ein Raziogitator schimpft den Oberpräsidenten Büdemann Bolshiten; redet sich damit heraus, er habe Bolshitjude gesagt; das Gericht beschließt, den Oberpräsidenten Büdemann über seine Abfassung zu vernehmen. Aber ein Lichterfeld Frauenarzt, der sich über wirklich unangemessenes Benehmen von Reichswehrsoldaten beschwert und dabei den Ausdruck „zuchloses Verhalten“ gebraucht, muß 1500 Mark Strafe zahlen.

Es bilden sich in der Justiz offene Nazizellen.

Amtsgerichtsrat Bay in Glogau erklärt in der Urteilsbegründung die Revolution für Reineid und Hochverrat und bekräftigt auch die weitere Äußerung des angeklagten Raziogitators, daß der letzte Anruf des Reichspräsidenten von Hindenburg ebenso Ungehörigkeit sei wie der Aufruf der Bolschewisten von 1918. Dieser letztere Aufruf war allerdings nicht Ungehörigkeit, sondern Erlagen. Landgerichtsrat Krebs in Frankfurt a. M. fungiert als Berichtserichter in einem Prozeß gegen Nazis wegen Mordes und ist zugleich Leiter der nationalsozialistischen Rechtsauskunftsstelle. Natürlich hat er sich dienstlich geäußert, er sei aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen. Aber vielleicht ist diese Erklärung ebenso feige und unaufrichtig wie die gleiche Erklärung, die Amtsgerichtsrat Franzen in Kiel wenige Tage vor seiner Wahl zum nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten abgegeben hat.

Die Ausführungen des Ministers haben klar genug gezeigt, daß der wirkliche Krebschaden der preussischen Justiz, um den Ausdruck des Reichsgerichtspräsidenten a. D. Simons zu verwenden, die besinnungslose Unterstützung schamloser Verleumder durch demagogische Rechtspolitiker und unwissende Richter ist.

Dabei sollten sich die preussischen Richter doch darüber klar sein, daß ihre Unabhängigkeit nur von der Republik geschützt wird. Denn im Dritten Reich wird, wie das Weimarer Leitblatt des Ministers Fried veründet hat, „der Popanz der Unabhängigkeit der Richter verschwunden sein.“

Das Lügenbuch gerichtet!

Reichsgerichtspräsident a. D. Simons und Reichsgerichtsrat Müller am Pranger.

Die gestrigen Beratungen des Hauptausschusses des Landtags über den Justizhaushalt — den Bericht bringen wir an anderer Stelle — hatten ein sensationelles Ergebnis. Nachdem bereits der Justizminister an der Hand genauen Materials zahllose Lügen und Unrichtigkeiten der Moritzschen Verleumderchrift „Gefesselte Justiz“ festgestellt hatte, wurde diesem Nachwerk von deutschnationaler Seite der Todesstoß verfehlt. Der Senatspräsident am Kammergericht Dr. Deereberg, ein durchaus rechtsgerichteter Mann, den man aber im Gegensatz zu vielen seiner Gesinnungsgenossen ein unbestechliches richterliches Gewissen nachrühmen kann, machte die aufsehenerregende Mitteilung, daß ihm die Korrekturbogen des Buches bereits im Oktober 1930, also zwei Monate vor Erscheinen, vorgelegen haben. Er hat sie durchgelesen und auf Grund seiner genauen Sachkenntnis festgestellt, daß alle darin enthaltenen Behauptungen gegen die Justiz vollkommen unrichtig waren. Dr. Deereberg verlas seinen Brief, in dem er dem Verfasser diese seine Meinung rückhaltlos mitgeteilt und jede Mitverantwortung für das Buch abgelehnt hat.

Dieses vernichtende Urteil eines Sachkenners hat Moritz und den Verlag J. F. Behmann natürlich nicht abgehalten, das Lügenbuch trotzdem in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Methode der Verleumder und ihre böswillige Absicht rückt durch diese Feststellung ins hellste Licht. Doch was ist schließlich schon an dem ehemaligen Prokuranteninspektor Moritz gelegen? Gerichtet, in Grund und Boden klamiert durch Deerebergs Erklärung sind die Größeren, die sich mit diesem Winterrichtenden solidarisiert haben: der ehemalige

Reichsgerichtspräsident Simons und der aktive Reichsgerichtsrat Dr. Müller.

Zwischen Simons und Müller einerseits Deereberg andererseits besteht nämlich ein großer Unterschied. Alle drei sind Juristen hohen Grades. Aber während Simons und Müller in ihren Briefen angeben müssen, die Materie des Buches „Gefesselte Justiz“ kaum zu kennen — was beide nicht verhindert hat, in leichtfertiger Weise über ihnen unbekannte Dinge zu urteilen —, darf Dr. Deereberg als einer der besten Sachkennner bezeichnet werden. Er hat in fast allen Untersuchungsausschüssen gesessen und mitgearbeitet, deren Tätigkeit Moritz in seinem Buche schmätzt, er hat ferner, wie er selber mitteilte, in stundenlangter Arbeit bei dem damaligen Staatssekretär Frihe die Akten über die von Moritz aufgewärmten Fälle eingesehen. Wenn dieser Mann vor der Öffentlichkeit erklärt, daß das Buch von Moritz Lüge und Verleumdung ist, so hat ein solches Urteil eines wirklichen Sachkenners ein ganz anderes Gewicht als das leichtfertige Gerede zweier Mitglieder des Reichsgerichts, die den Dingen ganz fremd gegenüberstehen!

Deerebergs Zeugnis fand übrigens im Laufe der Sitzungen noch eine wesentliche Stütze durch den volksparteilichen Abgeordneten Eichhoff, seines Zeichens Landgerichtspräsident in Neuruppin. Herr Eichhoff, der gleichfalls aus Untersuchungsausschüssen usw. mit der Mehrzahl der Fälle vertraut ist, schloß sich Deerebergs Erklärungen vollinhaltlich an und betonte, daß die Deutsche Volkspartei von der Tendenzschrift Jarnows so weit wie möglich abrücke. Dies erklärte er auf die Gefahr hin, von der Jugenberg-Presse nicht mehr als „national“ angesehen zu werden, die längst geschrieben habe: „Die nationalen Juristen im Preussischen Landtag verurteilt.“ Auch Herr Eichhoff bedauerte auf das Tiefste, das Reichsgericht diesem Nachwerk beigeprungen sind.

Es mag den Herren Simons und Müller überlassen bleiben, wie sie sich mit dieser fürchterlichen Blamage abfinden. Man darf namentlich auf Simons wohl die Bemerkung anwenden, die in der gestrigen Debatte Genosse Kuttner zu dem Fall machte: „Das einzig Merkwürdige an diesem Buch sei nicht sein Inhalt, sondern die Tatsache, daß ein so offensichtliches Gemisch von Verleumdung und Unwahrheit wochenlang die deutsche Öffentlichkeit in Atem halte. Wenn überhaupt — in der Tonart des Reichsgerichtsrats Simons — von einem Krebschaden gesprochen werden könne, so sei dieser zu erblicken in der besinnungslosen Unterstützung eines tendenziösen Verleumderwerks durch gewisse Kreise der Rechtspolitiker und blindlings darauf hereinfallende Richter.“

Moritz-Jarnow hält es für notwendig, seine schöne Seele nach deutlicher zu offenbaren, als dies bisher geschehen ist. In einem Artikel des „Deutschen Spiegel“ plaudert er von sich, daß er im Jahre 1921 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gewesen ist und mehrere Mitgliedsbeiträge gezahlt hat. Einige Zeilen später heißt es: „Meine Stimme als Wähler hat vom Januar 1919 bis 1924 die Deutsche Volkspartei, seither die Deutschnationale Volkspartei und zuletzt die Partei Hitlers bekommen.“ Wieder einige Zeilen weiter: „Ich habe 1924 einen Artikel in der „Roten Fahne“ veröffentlicht, der als Embryo meines Buches „Gefesselte Justiz“ zu gelten hat.“

Mitglied der Sozialdemokratie, Wähler der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten, und Mitarbeiter der „Roten Fahne“ — mehr kann man nicht verlangen!

Verfälschende Justiz.

Sie schützt die Nazis gegen die Polizei.

Die sozialdemokratische preussische Landtagsfraktion hat folgende Große Anfrage eingebracht:

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen die Polizei bei ihrem Vorgehen gegen nationalsozialistische Ausschreitungen von den Gerichten im Stich gelassen wird. Die wegen strafbarer Handlungen festgenommenen Nationalsozialisten werden von den gleichen Gerichten, die gegen Ruhestörer von der äußersten Linken regelmäßig schwere Strafen verhängen, mit auffälliger Gleichmäßigkeit freigesprochen oder zu lächerlichen geringen Strafen verurteilt. Den Angeklagten werden die dürtigsten Schutzausreden geglaubt. Ebenso werden ihre Entlastungszeugen, die regelmäßig nichts gesehen haben wollen, von den Gerichten für glaubwürdig erklärt, auch wenn es sich um offenbar einstudierte Schutzausagen von Gesinnungsgenossen und nahen Angehörigen der Angeklagten handelt. Die Polizeibeamten dagegen, die auf frischer Tat die nationalsozialistischen Exzesse festgenommen haben, finden auch mit bestimmten und schärfsten Auslagen bei den Gerichten keinen Glauben. Blassend müssen sie es sich noch gefallen lassen, von dem Verhandlungsleiter ironisiert und lächerlich gemacht zu werden.

Der Polizeipräsident von Dortmund hat auf diese Mißstände bereits in einer Beschwerde an die preussische Staatsregierung hingewiesen.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Kassel. Es wird hier verwiesen auf die Freisprechung der Nationalsozialisten Georg Fischer und Oberleutnant Jung auf die Freisprechung der Eheleute Hoppenroth; sämtliche genannten Freisprüche unter Vorbehalt des Kammergerichtsrats Funk. Ferner wird verwiesen auf die auffälligen geringen Geldstrafen in den Fällen des nationalsozialistischen Rebelleurs Wolfgang Bergemann wegen Beleidigung eines Landrats sowie des nationalsozialistischen Agitators Herbert Köhler wegen Republikbeschimpfung, beide Male unter dem Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Kulenkamp, der gegen Unratskale Ergebnisse regelmäßig erhebliche Gefängnisstrafen zu verhängen pflegt.

Mehrfach ist von verantwortlichen Polizeileitern schon geäußert worden, daß die Polizei einfach außerstande sei, ihren Aufgaben gegen rechtsradikale Ausschreitungen nachzukommen, wenn sie hinterher von den Gerichten in dieser Weise desavouiert würde. Dieser Zustand bedeutet zweifellos eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Wir fragen an:

Was gedenkt die Staatsregierung hiergegen zu tun?

kommen, denn über die Mehrheit der Wähler verfügt auch in Oesterreich keine Partei. Also wird der ersten Wahl die engere Wahl folgen, in die die zwei Kandidaten kommen, die bei der ersten Wahl die meisten Stimmen erhalten haben. Man hat sich nämlich nicht entschließen können, einfach nach deutschem Muster einen zweiten Wahlgang vorzuziehen. „Bei dem gewählt ist, wer die meisten gültigen Stimmen erhalten hat.“ Um jedoch die Stichwahl zu vermeiden, kann jede der zwei Parteien, deren Kandidaten in die engere Wahl gelangen, für den zweiten Wahlgang an Stelle ihres Kandidaten „eine andere Person namhaft machen“. Dieser neue Kandidat, der das Rennen machen soll, wenn die ersten Kandidaten versagt haben, der wird so ziemlich die Hoffnung aller Parteien sein. Um ihn werden sich die Kräfte entspinnen, die unvermeidlich sind, wenn jemand als Repräsentant des ganzen Volkes erwählt werden soll, obwohl diejenigen, die ihn erwählten, nur eine Minderheit sind.

Reichskredit abgeschlossen.

Auslandskredit von 119,5 Millionen zu 6 1/2 Prozent.

Die Verhandlungen über die Veräußerung der Forderungen, die das Reich an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte aus dem Verkauf von Reichsbahnvorschußaktien hat, sind abgeschlossen. Hiernach erhält das Reich den Gegenwert von 13 der zwischen ihm und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte vereinbarten Monatsraten in einem Gesamtbetrag von rund 119,5 Millionen auf der Grundlage eines Diskonts von 6 1/2 Proz. noch vor Abschluß des Rechnungsjahres 1930 ausgezahlt, so daß die im Haushalt für das Rechnungsjahr 1930 als Einnahme aus dem Verkauf von Reichsbahnvorschußaktien veranschlagte Summe von 300 Millionen damit erreicht ist.

Der Waffendiebstahlsprozeß in Leipzig.

Der Helfer der Kommunisten spielt jetzt den Hitler-Mann.

Leipzig, 16. Februar.

Der Nachmittags des ersten Verhandlungstages im Leipziger Waffendiebstahlsprozeß war der Vernehmung von zunächst 19 Angeklagten gewidmet, die sich in der Hauptsache über die Frage ihrer Angehörigkeit zur KPD bzw. der schiffischen Arbeiterwehr zu äußern hatten. Im Vordergrund des Interesses stand die Vernehmung des Kaufmanns Herbert Pestner, der unter Mißbrauch seiner Vertrauensstellung als Vertragsangestellter bei der Lagerverwaltung der Reichswehr die Waffendiebstahle ermöglicht hat. Er ist 22 Jahre alt und gibt an, ein Nettoverdienst von 118 M. gehabt zu haben. Seinen Kraftwagen zum Preise von 4500 M. hat er nach seinen Aussagen mit dem Gelde, das er von seinem im Februar 1928 gestorbenen Vater geerbt hatte, sowie mit finanzieller Unterstützung seiner Mutter gekauft, um ihn zu beruflichen Zwecken — er habe die Uebernahme einer Vertretung geplant — zu verwenden. Von seinem Verteidiger wurde auf einen Brief hingewiesen, in dem Pestner sich dahin geäußert hat, er hätte bei den letzten schiffischen Landtagswahlen aus Ueberzeugung nationalsozialistisch gewählt, und er würde im Falle von Unruhen der erste sein, der gegen die Kommunisten kämpfen würde.

Einen breiteren Raum nahm die Vernehmung des Zimmerers Artur Hoffmann ein, der als früherer Stadtverordneter in Leipzig eine besondere Rolle gespielt hat und in den Kreisen seiner Gesinnungsgenossen als „General Hoffmann“ bekannt ist. Es entspann sich eine längere Debatte um die Frage, in welchem inneren Zusammenhang die einen Tag vor der Verhaftung erfolgte Niederlegung seines Stadtverordnetenmandats sowie seine Enthebung von seinen Ämtern durch die Parteileitung steht. Hoffmann erklärte dieses zeitliche Zusammenreffen für rein zufällig. Die Anwesenheit stelle nicht etwa, wie von der Anklage behauptet werde, eine Scheinmahnahme der KPD dar. — Die Verhandlung nimmt morgen vormittag ihren Fortgang.

Wie stark ist die KPD?

Angaben in der „Prawda“.

Die „Prawda“ brachte jüngst einen Artikel von A. Kreuzburg über den organisatorischen Bestand der Deutschen Kommunistischen Partei.

In dem Artikel wird angegeben, daß die Mitgliederzahl der KPD im Jahre 1929 um 50 000 gestiegen worden sei. Eine Erhöhung der Beitragszahler sei aber dadurch nicht entstanden. In den ersten drei Monaten 1930 sind angeblich 23 000 neue Mitglieder eingetreten. Während der Wahlkampagne habe sich die Partei die Aufgabe gestellt, 340 neue Betriebszellen und 233 neue Ortsgruppen zu schaffen. Erreicht seien 188 neue Betriebszellen und 322 neue Ortsgruppen, also 22,1 Proz. der gestellten Aufgabe. Von April ab habe sich die Partei die Aufgabe Verdoppelung der Zahl der Parteimitglieder gestellt. Der Ausgangspunkt der Mitgliederzahlen wurde als 121 292 angegeben. Bis Oktober 1930 sollte die Zahl um 25 Proz. gesteigert werden, erreicht worden sei eine Steigerung von 27,6 Proz., nämlich auf 154 886 Mitglieder. Im November sei die Zahl auf 163 221 Mitglieder, im Dezember auf 176 000 gestiegen. Die heutige Mitgliederzahl übersteige bereits 200 000.

Die rechtskommunistische Zeitschrift „Gegen den Strom“, der wir diese Angaben entnehmen, bemerkt dazu: „Den russischen Parteimitgliedern wird also ein stürmischer Aufschwung und eine ständige Festigung der Organisation der KPD auf dem geduldeten Papier der „Prawda“ vorgebildet.“

Ein Hafenkreuzspiegel.

Frühlose Entlassung eines Angestellten der Getreidehandelsgesellschaft.

Vor einigen Tagen erschien in einem Berliner Blatt ein Kuffab über angebliche Mißstände in der Getreidehandels-gesellschaft. Aus dem Inhalt des Aufsatzes schien hervorzugehen, daß der Verfasser ein Angestellter der Getreidehandels-gesellschaft sei. Die Nachforschungen bestätigten diese Annahme und ergaben außerdem, daß er Angehöriger der nationalsozialistischen Partei ist. Der Betreffende hatte auf ausdrückliches Befragen zweimal unter Ehrenwort bestritten, mit dem Artikel in Zusammenhang zu stehen. Er wird frühlos entlassen.

Im polnischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten wurden die Ratifikationsurkunden des deutsch-polnischen Sparlohnabkommens, des Aufwertungsabkommens und des Vertrags über die Boserer Pfandbriefanstalt ausgetauscht.

Heran an den zweiten Mann!

Notizen aus der Werbepraxis.

Die erste Frage, mit der man sich beschäftigt, ist wohl die: Welche Menschen meiner Umgebung kann ich am besten für die Partei gewinnen! —

Ich fand diese Antwort:

Am erfolgreichsten wirst du um die Menschen, die dir Beratern entgegenbringen!

Das sind die Menschen, die die Einblick in ihr Leben gewähren, die dir ihre heimlichsten Sorgen und Nöte offenbaren, die dich in den heikelsten Angelegenheiten zu Rate ziehen, die bei dir in Freud' und Leid (noch mehr) in Leid verstehen, Mitleid, Wärme suchen und finden!

Ein Mensch erzählt dir seine Lebensgeschichte.

Du kannst ihm an Hand seiner eigenen Erlebnisse und Erfahrungen aufzeigen, wie sein kleines, armseliges Leben von der herrschenden Gesellschaftsordnung bezwungen und bestimmt wird, und du kannst ihm weiter klar machen, wie diese faule, wacklige, undarmherzige Ordnung zu überwinden ist!

Dann wick um den zweiten Mann!

Vergiß nicht, auf die Lüge und Hege, auf die demagogischen Märsche der an die Erhaltung solcher Zustände interessierten Kreise entsprechend hinzuweisen!

Naheliegenderes übersteht man leicht. Deshalb lohnt sich folgende Frage:

Sind deine Verwandten, deine gewerkschaftlich organisierten Kollegen, deine Vereinskameraden schon Parteimitglieder?

Und laßt die Frauen nicht aus!

Die SPD. ist von jeher die Partei der Frau gewesen, und sie muß sie in gesteigertem Maße sein und bleiben!

Noch eine kleine, aber nicht unwichtige Feststellung: Man kann auch gut zu 3 w e l t werden!

Heraus aus der Abwehr!

Wir greifen an!

Parole:

Wo bleibt der zweite Mann?

Luff, ein Wirtler.

Altes im neuen Berlin-Gesetz.

Heute zweite Lesung. — Was wird die Volkspartei tun?

Der Gemeindevorstand des Preussischen Landtages beendete gestern nachmittags die erste Lesung der Novelle zum Gesetz Groß-Berlin. Das Endergebnis ist verblüffend. Man könnte es in die Worte zusammenfassen: Es bleibt alles beim alten.

So bleibt die alte Stadtverordnetenversammlung, es bleibt der alte Magistrat mit 12 befohlenen und 12 unbefohlenen Mitgliedern (letzte ohne Degenart), es bleiben die alten Bezirksversammlungen und die alten Bezirksämter unverändert. Aber etwas ist erreicht: Fast hundert Jahre nach der großen demokratikalen Erregung der Deffektivität der Gemeindeparlamente hat eine Mehrheit aus Demokraten, Zentrum und Deutschnationalen den nötigen Ausschluß der Deffektivität bei allen Sitzungen der Bezirksversammlungen beschlossen. Das Tätigkeitsgebiet der Stadtverordnetenversammlung ist auf die großen kommunalen Fragen beschränkt. Der neugebildete Hauptausschuß aber ist in seinem Arbeitsgebiet gegenüber dem ursprünglichen Entwurf ebenfalls eingeschränkt, und besteht überdies aus nicht weniger als 45 Mitgliedern — wenn er mit dem Magistrat zusammen tagt, sogar aus 69 —, ganz gewiß eine geeignete Zahl für das geplante „kleine Gremium“ für praktische Verwaltungsarbeit. Die Zuständigkeit der Bezirke ist durch einen detaillierten Katalog der zentralen Angelegenheiten abgegrenzt. Grundgesetzgebung und die Frage der Beamtenstellung und Beförderung sind gegenüber dem alten Gesetz nicht geändert.

Heute beginnt die zweite Lesung. Da verschiedene Anträge gestern mit knappen Majoritäten angenommen sind, so ist man vor Überraschungen noch nicht sicher. Die Entscheidung liegt bei der Volkspartei, da Zentrum, Demokraten und Deutschnationalen konsequent zusammengehen. Schon jetzt kann man jedenfalls das eine sagen: Selbst wenn die Zentrumsnovelle in der gestern beschlossenen Form Gesetz werden sollte, ist ein großer Aufwand schmächtig vertan. Es hat sich wirklich nicht gelohnt, dafür die Gesetzesmaschinerie in Bewegung zu setzen.

Die Papiere der Mörderhilfszentrale.

Der Untersuchungsrichter prüft.

Der Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Becker hat am Montag das in den Räumen der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und in den Wohnungen der Führer beschlagnahmte Material weiter geprüft. Er hat sich auf dem Polizeipräsidium besonders diejenigen Papiere vorlegen lassen, die mit der Klärung der Mordtat in der Hufelandstraße und der etwaigen Begünstigung der Täter in Zusammenhang stehen.

Reeder erhalten Dollars.

Das Reich aber erhält Papiermilliarden.

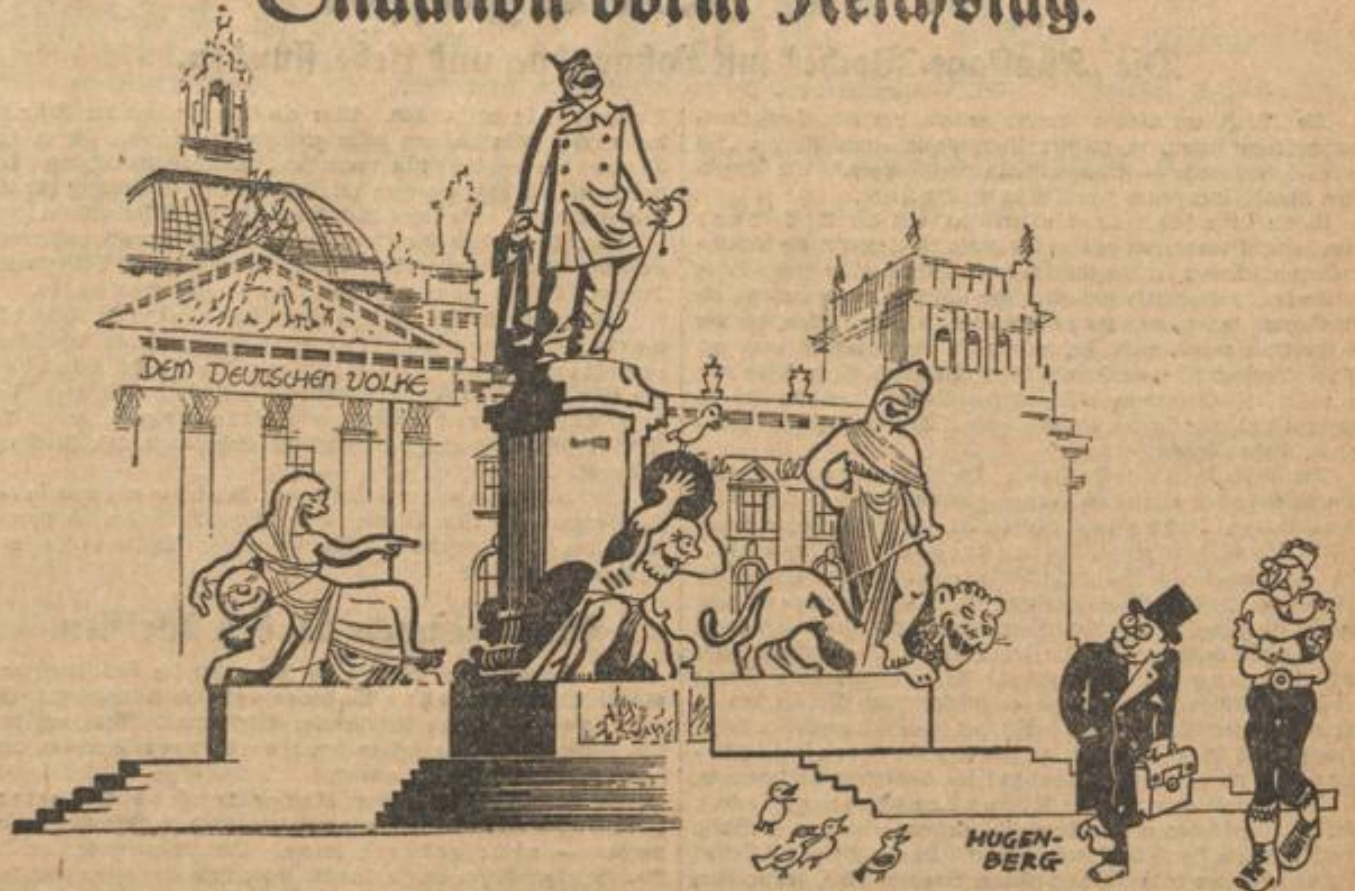
Bei der Einzelberatung des Kriegsausschusses im Ausschuß für den Reichshaushalt wurde im besonderen von dem Abg. Kirchmann (Soz.) und Rißel (Soz.) darauf hingewiesen, daß die Hilfsmittel im Westen gerecht verteilt werden müssen.

Längere Debatten ergaben sich unter anderem bei den Fragen der Frühlingsfürsorge und verschiedenen anderen Einzelteilen.

Die vom Haushaltsausschuß mit Spannung erwartete grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten über den Young-Plan konnte nicht stattfinden, weil, wie bekannt, diese Herren vorgezogen haben, sich der Auseinandersetzung an Hand authentischen Materials zu entziehen.

Bei dem Titel Abrechnung gegenüber Amerika: Schuldner fragte der Abg. Heinig (Soz.), was die deutschen Reeder dem Deutschen Reich bei Abschluß der Inflation dafür gegolten haben, daß sie jetzt die riesenhafte Freibetrag

Situation vorm Reichstag.



„Die werden sich da 'n schönen Schnuppen holen!“

Ein Sieg der Demokratie.

So würdigt Otto Bauer den Nazi-Ausmarsch.

Vor den begeistert zustimmenden Wiener Partei- und Gewerkschaftsfunktionären sprach Genosse Dr. Otto Bauer über den Kampf gegen Faschismus und Wirtschaftskrise. Er begann folgendermaßen:

Die politischen Verhältnisse Mitteleuropas und Europas überhaupt sind derzeit entscheidend bestimmt durch das Ergebnis der deutschen Reichstagswahl vom 14. September. Seitdem gibt es in Deutschland eine Fraktion von 107 Nationalisten und eine große Fraktion der Kommunisten, also ein Parlament mit zwei sehr starken antiparlamentarischen Flügeln. Seit diesem Tage gab es im Deutschen Reichstag kein normales Funktionieren des Parlaments mehr. Das hat die sehr ernste Gefahr heraufgerufen, daß die deutsche Demokratie scheitern und die Bahn für faschistische Umwälzungen in Deutschland frei werden könnte. Das plötzliche und unerwartete Auftreten dieser großen Gefahr für die deutsche Demokratie hat auch in anderen Ländern schwere politische Erschütterungen hervorgerufen. Vor allem gilt das auch für uns: wir wissen ja, wie abhängig gerade die politische Entwicklung Oesterreichs immer von der Entwicklung der politischen Verhältnisse Deutschlands gewesen ist.

Kun aber hat sich, nachdem die bürgerlichen Parteien lange Zeit hin und her geschwankt haben,

die deutsche Demokratie aufgetaucht und in der letzten Woche hat sie gegen den Faschismus mit großem Erfolg eine Schlacht geschlagen.

Der hakenkreuzerliche Obstruktionsversuch gegen den deutschen Reichstag ist binnen zwölf Stunden niedergedrungen worden, und die Hakenkreuzler haben nichts anderes darauf zu antworten gewußt, als daß sie besiegt den Reichstag verlassen haben. Das ist

der erste Sieg über den deutschen Faschismus und wir dürfen unsere reichsdeutschen Genossen zu dem Erfolg, den ihre seit Monaten begonnene und mit großer Fähigkeit durchgeführte Gegenoffensive erzielt hat, vom Herzen beglückwünschen.

(Beifolger Beifall.) Aber wir würden uns täuschen, wenn wir annähmen, daß deswegen alle Gefahren in Deutschland nun schon vorbei sind. Solange das nicht der Fall ist, bleibt es auch in unserem Lande unsere wichtigste Aufgabe, die Demokratie gegen die faschistische Gefahr zu schützen.

Wenn man sich das vergegenwärtigt, so kann man erst so richtig abschätzen, was die Wahl vom 9. November in unserem Lande bedeutet hat. Es war ein dreifacher Erfolg: erstens haben wir die halb- oder dreierhalbfaschistische Regierung Baugain gestürzt und Herr Starbomberg, der vorher so großmäulig verständig hatte, daß er sich der Erstföderung des Volkes nicht fügen und das Steueruder in Händen behalten werde, hat sich stellen müssen. Zweitens ist

der Ferkungs- und Auflösungsprozess in der Heimwehr bis zur offenen Spaltung gesteigert

worden. Und endlich drittens ist die Stimmung in den bürgerlichen Parteien durch das Offenbarwerden der realistischen Schwäche der Heimwehr sehr wesentlich verändert worden. Vor allem die christlichsoziale Partei hat sich nach den Wahlen plötzlich zu einer ruhigen, verfassungsmäßigen, demokratischen Entwicklung bekennt. Dadurch ist ungewisselhaft die ganze politische Atmosphäre in Oesterreich vollkommen verändert und die unmittelbare Gefahr eines faschistischen Staatsstreiches beseitigt worden.

Die weiteren Ausführungen Bauers galten der österreichischen Wirtschaftspolitik und den Forderungen der Arbeiter und Angestellten.

Amerikas in die eigene Tasche stufen dürfen. Die Regierung erklärte dazu, daß sie nicht sofort Auskunft geben könne, diese werde aber umgehend erteilt werden.

Diese Auskunft ist besonders notwendig, weil die Reeder es verstanden haben, den Anspruch des Deutschen Reiches auf die Freibetrag mit Papiermilliarden zu ihren Gunsten abzuschließen.

Die Reichsfinanzen.

Gesamtschuldbetrag von 1189,5 Millionen.

Die Reichsfinanzen schließen für den Monat Dezember im ordentlichen Etat mit einer Mehrausgabe von 333,1 Millionen und im außerordentlichen Etat mit einer Mehreinnahme von 26,3 Millionen Mark. Damit ergibt sich für die Zeit von April bis Dezember 1930 ein Gesamdefizit von 1189,5 Millionen Mark.

Dieses Defizit setzt sich wie folgt zusammen: Im ordentlichen Etat ergibt sich bis Ende Dezember ein Fehlbetrag von 887,7 Millionen Mark. Dazu kommt noch ein Fehlbetrag von 15 Millionen Mark aus den Vorjahren (die schwebende Schuld von 465 Millionen Mark, die durch außerordentliche Tilgung bis auf 15 Millionen Mark verringert worden ist). Somit ergibt sich also für den ordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 902,7 Millionen Mark. Für den außerordentlichen Etat liegen Mehreinnahmen bis Ende Dezember in Höhe von 464,9 Millionen Mark vor. Dadurch wird der Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 771,7 Millionen bis auf 306,8 Millionen Mark abgedeckt.

Die Reichsschuld wird mit 10,37 Milliarden Mark für Ende Dezember ausgewiesen gegenüber 10,505 Milliarden Ende September. Die schwebende Schuld erhöhte sich in der Zeit von Ende November bis Ende Dezember geringfügig von 1727,2 Millionen auf 1735,6 Millionen Mark.

Die polnische Justizschande.

Internationaler Protest.

Der Internationale Bund sozialistischer Juristen erläßt eine Rundgebung, in der er die bekannten Schandtaten des Putschregimes zusammenfaßt und auf den Streich gegen den polnischen Juristenverband aufmerksam macht, der wegen seines Verbots gegen diese unerhörten Rechtsbrüche und vichschen

Brutalitäten geschlossen wurde. Der Bund erwartet, daß in allen Ländern Anwälte und Beamte gegen diese Willkür der polnischen Regierung Protest erhoben werde. Er fordert alle, die Achtung vor dem Recht und der menschlichen Freiheit empfinden, auf diesen Protest zu unterstützen.

Die Rundgebung ist unterzeichnet von folgenden leitenden Mitgliedern des Bundes:

Emile Vandervelde, Advokat am Appellgericht Brüssel, Deputierter, Staatsminister, Professor der Universität Brüssel, Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin, Rechtsanwalt, Reichstagsabgeordneter, Dr. Karl Renner, Wien, Staatskanzler a. D., Nationalrat, Dr. h. c. Otto Bang, Zürich, Oberrichter, Dr. Karl Heller, Prag, Vizepräsident des Senats, Jean Longuet, Paris, Rechtsanwalt.

Notstandskredite in Frankreich.

Der Zwang der Arbeitslosigkeit.

Paris, 16. Februar. (Eigenbericht.)

Zwischen Kammer und Regierung ist ein heftiger Konflikt um die Frage der Arbeitslosenunterstützung ausgebrochen.

Im Verlauf der Beratung des Budgets für das Arbeitsministerium hatte die sozialistische Fraktion die Bewilligung eines Notstandskredits von 100 Millionen Franken für die Unterstützung der Arbeitslosen gefordert. Die Regierung wollte unter Hinweis auf das recht knappe Gleichgewicht des Budgets 20 Millionen bewilligen. Als man sich nicht einigen konnte, wurde der sozialistische Antrag an die Finanzkommission zur Überweisung. Bei der am Montag abgehaltenen Kommissionsberatung hielten es die reaktionären Abgeordneten für eine besonders schlaue Taktik, den sozialistischen Antrag zu überbieten und gleich 200 Millionen anzufordern. Die Kommission bewilligte die 200 Millionen mit der knappen Mehrheit von zwei Stimmen. Man darf gespannt sein, wie die Kammer und die Regierung sich zu dieser unerwarteten Verdoppelung der Kreditanforderung stellen werden.

Verbot der „Schlesischen Tageszeitung“. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik und des Reichsverfassungsbuches die „Schlesische Tageszeitung“, die erst vor kurzem wegen eines schweren Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik auf die Dauer von zwei Wochen verboten war, abermals, und zwar auf die Dauer von drei Wochen verboten.

Berlins Wohnungsbau bedroht.

40 000 Menschen in Kellerlöchern. — Trostlose Zukunftsaussichten.

Im Stadtverordnetenversammlungssaal des Rathauses fand gestern die öffentliche Generalversammlung des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen e. V. statt. Die Tagung erhielt durch einen instruktiven Vortrag des Direktors der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin, Baurat Dr. Schallenberg, über den Berliner Wohnungsbau seit dem Kriege starkes Interesse auch für eine breitere Öffentlichkeit. Der Vortragende ging davon aus, daß nach dem Ruhen der Bautätigkeit während des Krieges ein außerordentlich starker Zuzug nach Berlin einsetzte. Ein Zeichen für die Leistungsfähigkeit der Stadt ist es, daß

neuerdings empfohlene Kleinwohnung von 32 Quadratmeter be- gegne sehr starken Bedenken. Man wisse nicht, ob diese Klein- wohnungen später vermietbar sein würden, und man müsse be- denken, daß schon jetzt annähernd 2½ Millionen Menschen in Berlin in unzureichenden Kleinwohnungen untergebracht sind.

Als Gesamtergebnis des bisherigen Wohnungsbaues nannte der Redner 135 000 Wohnungen für 475 000 Personen.

Bedauerlich sei die Verdrängung des Flachbaues, der von 27 Proz. im Jahre 1924 auf 5 Proz. im Jahre 1930 zurückgegangen sei. Augenblicklich gibt es in Berlin statistisch erfasst

113 275 Haushaltungen, die nicht in eigener Wohnung, sondern in Untermiete untergebracht sind. Dazu leben 40 000 Familien in Kellerwohnungen!

Unter diesen Umständen sei es nicht zu verantworten, daß seit 1924 der Stadt Berlin 315 Millionen Mark an Hauszinssteuermitteln, die von der Berliner Bevölkerung aufgebracht worden sind, für den staatlichen Ausgleichsfonds abgezogen worden sind. Die Zu- kunftsaussichten des Berliner Wohnungsbaues seien trostlos. Infolge der Verkürzung der zur Verfügung stehenden Wohnungsbauanteile werden

1931 bestenfalls 12 000 bis 14 000 Wohnungen mit Hauszins- steuergeldern finanziert

werden können. Eine Reihe sehr guter Lichtbilder zeigten wirkungs- voll den Gegensatz der alten zu der neuen Bauweise; sie veranschaulichten gleichzeitig, wie sehr die Stadt Berlin in den Zeiten schwerster Not bemüht gewesen ist, neue Wohnungskultur auch den arbeitenden Menschen nahezubringen.

in den schweren Jahren der Inflation 1919/23 in Berlin doch annähernd 32 000 Neubauwohnungen erstellt

werden konnten. Trotz größter Anstrengungen in den folgenden Jahren genügte bei der ständig zunehmenden Wohnungsnot das Tempo der Wohnungserstellung bei weitem nicht. Damals sei der Ruf zum erstenmal erhoben worden: „Zwei Wohnungen statt einer!“ Durch eine „Streckung“ der Hauszinssteuerhypothek sollte die Erstellung einer größeren Anzahl von Wohnungen mit denselben verfügbaren Mitteln erreicht werden. Der Redner ging dann auf das

Problem der Vermietbarkeit der Neubauwohnungen

ein, das die Verrentlichkeit in der letzten Zeit in besonderem Maße beschäftigt hat. Bekanntlich brachte die Erschwerung der Existenz- bedingungen der Bevölkerung es mit sich, daß zeitweise Hunderte von Neubauwohnungen trotz größten Wohnungsbedarfs leer stehen blieben. Die Uebersteuerung der Wohnung liegt nach Ansicht Schallenbergers neben den hohen Baukosten in erster Linie an dem sehr hohen Zinsfuß für erste Hypotheken. Die

Das mordende Gift.

Ein Arzt wegen Abgabe von Morphium verurteilt.

Unter der Anklage der schweren Körperver- lehung sowie des Vergehens gegen das Opium- gesetz stand der 60jährige Arzt Dr. St. vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, der einem auswärtigen Patienten jahrelang größere Morphiummengen teils verschrieben, teils ge- lantet hatte.

Der Patient, der jetzt in Pommern lebt, war vor drei Jahren wegen einer Nierenerkrankung zu ihm gekommen. Dr. St., der die Krankheit für unheilbar hielt, gab ihm zur Linderung der Krämpfe Morphium mit. Von da ab kam der Patient öfter nach Berlin, um sich neues Morphium verschreiben zu lassen, aber er schied nur, das er welches brauche. Der Arzt gab ihm dann ent- weder Rezepte oder er sandte ihm das Morphium per Brief in Substanzform. Als in einer pharmazeutischen Zeitschrift vor diesem Patienten gewarnt wurde, weil er Morphium sei und wahrscheinlich Rezepte fälsche, stellte Dr. St. die Behandlung ein. Kurz darauf brach der Patient vollkommen zusammen und wurde von einem in seinem Wohnort ansässigen Arzt durch eine Entziehungskur von seiner Morphiumsucht geheilt.

Das gerichtliche Nachspiel war die Anklage gegen den Berliner Arzt. Dr. St. führte an, daß er nach seiner Meinung vollkommen richtig gehandelt hätte, da die Nierenerkrankung unheilbar war, und da er dem Patienten aufgegeben hätte. sich nur die ärztliche Normaldosis einzuspritzen. Wenn der Patient dem Morphium verfallen wäre, so müßte er sich nach anderer Weise, vielleicht wirklich durch

Rezeptfälschungen, Kauschgift verschafft haben. Der Staatsanwalt- schaftsrat ließ die Anklage wegen Vergehens gegen das Opiumgesetz aus rechtlichen Erwägungen fallen, da dieses Gesetz in der Zwischen- zeit abgeändert worden ist. Dagegen nahm er an, daß sich der Arzt der vorsätzlichen schweren Körperverletzung schuldig gemacht habe, weil er wissen mußte, daß ein Morphium, der unkontrollier- bare Mengen des Kauschgiftes zu sich nehmen kann, in seinem Morphiumismus bestärkt wird, so daß sich allmählich der körperl- che Zustand verschlimmert. Der Verteidiger wandte dagegen ein, daß sein Mandant höchstens eine fahrlässige Handlung be- gangen hätte, weil er nicht wissen konnte, daß der nierentrante Patient dem Morphiumismus verfallen war.

Das Gericht verurteilte Dr. St. wegen vorsätzlicher Körperver- lehung gemäß dem Antrag des Staatsanwalts zu 1000 Mark Geldstrafe.

Die Aufrechterhaltung des Morphiumismus, und das sei äußert schwerwiegend, sei mit den ärztlichen Berufspflichten nicht zu ver- einbaren. Der Angeklagte habe seine Kontrollpflicht aufs größ- tliche verletzt, weil er einem auswärtigen Patienten ohne weitere Behandlung und Beaufsichtigung Morphium zugefandt habe, das dieser in unkontrollierbarer Dosis zu sich nehmen konnte. Die Frage, ob schwere Körperverletzung vorliege, verneinte das Ge- richt, da sich der Angeklagte nicht bewußt war, daß seine Behand- lungswiese lebensgefährlich wirken konnte.

Im Programm der Aktuellen Abteilung (Vortragsreihe: Bonon man spricht) wird am Dienstag, dem 17. Februar, abends 8.10 Uhr, Fred Hildebrand über Artistentod sprechen.

Großfeuer im Konfektionshaus.

2. und 3. Stockwerk ausgebrannt, das 4. schwer gefährdet.

Am Montagnachmittag gegen ¼ 4 Uhr wurde die Feuer- roche nach der Kaiser-Wilhelm-Straße 58 gerufen, wo im zweiten Stock des Quergebäudes in der Mühlenfabrik von Wilhelm Wolff & Co. m. b. H. ein beträchtliches Schaden- feuer ausgebrochen war. Die Lagervorräte einer Mühlen- fabrik und einer Konfektionsfirma wurden durch Feuer ver- nichtet oder unbrauchbar gemacht.

Der Brand, war erst entdeckt worden, als die Flammen schon aus den Fenstern herausströmten und auch bereits auf das dritte Stockwerk übergegriffen hatten, wo eine Konfektionsfirma, die die Eise- & G. m. b. H., ihre Lagerräume hat, die hauptsächlich Anaben- garderobe herstellt. Mit sechs schwerkalibrigen Rohrleitungen wurde fast über eine Stunde lang Wasser gegeben. Die Mühlenfabrik von Wolff brannte trotz der eifrigen Löscharbeiten der Feuerwehr fast vollständig aus und auch die Lagerbestände der Konfektionsfirma Eise wurden erheblich in Mitleidenschaft gezogen und zum aller- größten Teil durch die Flammen vernichtet. Obwohl die Wehr un- ausbührlig Wasser gab, brachen sich die Flammen auch nach dem vierten Stock Bahn, wo die Fensterrahmen und die Gerdäben in Brand gerieten. Hier konnte die Feuerwehr aber durch starkes Wassergeben eine weitere Ausdehnung verhindern, so daß die hier be- findlichen Geschäftsräume, die gleichfalls einer Konfektionsfirma gehören, verschont blieben.

In dem Haus Kaiser-Wilhelm-Straße 58, das ein typisches Ge- schäfts- und Fabrikgebäude der Konfektionsbranche im alten Zentrum Berlins darstellt, hatte der Brand sehr große Erregung hervor- gerufen, da man angeht, der Gewalt des Feuers ein Ueber- greifen auf die anderen Betriebe befürchtete. Die ganze Gegend war mit einem beifenden Qualm der verbrannten Tuche angefüllt, und die Polizei mußte umfangreiche Absperrungen vor- nehmen, um den Andrang der Neugierigen zurückzuhalten.

Arsenal in Flammen.

Feuersbrunst im Marinearsenal von Toulon.

Paris, 16. Februar.

Im Marinearsenal zu Toulon brach in der Nacht zu Montag in der Torpedowerkstatt ein Feuer aus, das sich sehr rasch auf das Materiallager der Unterseebootstation ausdehnte. Die Marinefeuerwehr versuchte vergebens, des Feuers Herr zu werden. Die Flammen fanden in dem reichlich vorhandenen, leicht brennbaren Material gute Nahrung, und gegen 4 Uhr morgens glich das Arsenal einem Flammenmeer. Die größte Gefahr, die darin bestand, daß die Flammen auf das Munitionslager übergreifen konnten, ist in den Morgenstunden beseitigt worden, indem man das Lager buch- stäblich unter Wasser setzte.

Geistesranke im Büro des Reichspräsidenten.

Im Büro des Reichspräsidenten erschien am Montagnachmittag eine Frau, die wirre Reden führte. Die Beamten, die sofort be- merkten, daß sie es mit einer Geistesgestörten zu tun hatten, be- nachrichtigten die Polizei, von der die Frau, eine dreißigjährige frühere Postbeamtin Erna D. aus Birkenwerder, in Schutzhaft ge- nommen wurde. Ihre spätere Untersuchung durch den Kreisarzt ergab gemeingefährliche Geisteskrankheit, so daß sie in die Anstalt Herzberge übergeführt werden mußte.

Ein „lästlicher“ Bankdirektor. Der seit einigen Wochen ständige Direktor der Dana-Bank-Filiale in Lübeck-Trave- münde, Klip, hat sich jetzt der Polizei gestellt. Klip war seinerzeit unter Zurücklassung von Schulden in Höhe von 150 000 Mark lästlich gemordet und wurde steckbrieflich verfolgt.



Von draußen hupte Masche. Unerschämtheit . . . ach so, er war ja gar nicht mehr reich. Er mußte ja Konkurs an- melden; konnte noch von Glück sagen, daß er damit durchkam. Würde dann wieder von vorn anfangen müssen, von Kom- missionsgeschäft zu Kommissionsgeschäft mühsam sich durch- winden und dennoch nicht heimfinden, denn die Heimat lag nicht vorn, sie lag zurück, sie lag etwa hier. Plötzlich, blich- haft in einer Sekunde, war ihm alles klar. Er würde stehen aus seiner Zeit. Zu Menschen fliehen, die wie diese waren; in eine Landschaft, die wie diese war.

„Ich werde es mir also noch mal überlegen“, sagte er. Und die große Entschiedenheit, welche die Kraft seiner Rasse ist, die Fähigkeit zum „Ja ja, nein nein“ zog sieghaft in ihn ein. Es galt, dies Land hier aus dem Zusammenbruch zu retten. Alles andere mochte verloren sein. Nur dies nicht. Er bedachte sich und ging.

Der Chauffeur stand vor der Tür des Autos, nicht sehr devot, eher so, als wolle er den Chef am Einsteigen hindern. „Na, Masche?“

„Ich kriegen noch den Lohn für zwei Monate, Herr Schmijer.“

„Ich weiß. Sie brauchen mir nichts zu erpressen, Masche.“

„Ich erpresse Sie nicht. Ich verlange nur das, was ich zu fordern habe.“

Plötzlich lächelte Stegfried Schmijer. Mit Hilfe dieses — gerade dieses Menschen würde er das Land sich sichern. Noch einmal würde er seine Inflationsschniffe anwenden, noch dieses letzte Mal; nur, um ihrer künftigen nicht mehr zu bedürfen; nur, um zurückkehren zu können in jene Zeit, in die er gehörte.

„Masche: ich will Ihnen geben, was ich kann; das ist immer noch mehr als Ihnen zusteht.“

„Was Sie können?“

„Nur das, was ich Ihnen geben kann. Drei- hundert Mark ist der Morgen wert. Genügt Ihnen das?“

Er wehrte lächelnd Masches Einwände ab: „Bargeld habe ich nicht.“

„Ich weiß ja nun nicht . . .“ Der Chauffeur war noch immer unsicher. „Das ist doch das Hundertfache meiner For- derung.“

„Sie kriegen es auch nicht umsonst. Warten Sie: ich sehe mich neben Sie. Unterwegs mache ich Ihnen alles klar. Fahren Sie los.“

Lauflos zog der schmale Wagen an. Andreas, der oben vor der Tür stand, sah ihn zu, wie jenseits tauchen, dunkelrot im weißen Schnee: ein gleitender Thron . . .

Als das Auto in Berlin ankam, wurde es, auf eine von Schmijers Stäubigern einseitige Verfügung hin, sofort be- schlagnahmt. Schmijer lächelte gleichgültig; viel mehr würde aus ihm nicht herauszuholen sein. Denn der Besitzer der 55 Morgen Stubbenland war laut einer Bescheinigung, die von Schmijers Hand ausgestellt und vom Vorjahr datiert war, Herr Paul Masche.

Lange Zeit geschieht nichts im Stubbenland, was Ver- änderungen schafft. Stirrend schreitet der Frost, lautlos gleitet der Schnee über rotes Dach und weißes Land; selten kommt ein Mensch. In einer Februarnacht schreut Luise auf: das Dach knarrt wie unter Stoß und Druck, es ist, als sähe einer spreizbeinig darauf und ritte das Haus im Galopp und mit Hufeisen über die Fläche. Mittendrin läßt der Reiter sich fallen, rufft jubelnd über die Schindeln und springt in den See, daß mit Donnern und Krachen das Eis zerbricht, steigt prustend wieder heraus, hängt seine triefenden Kleider an den Himmel, es trieft die ganze Nacht: als Kornis morgens aufsteht, ist Regen und Dred und Frühling.

Es regnet lange, und das Wehen hört überhaupt nicht auf, die blonden Straßenbirken lassen sich den ganzen Tag vom Winde käumen und kriegen trotzdem immer dichteres Haar; Andreas Korn rigolt und pflügt, daß der Hans und die Erde dampfen, Luise säet Gerste und Sommerroggen, nach dem Winterroggen sieht sie noch nicht gern, es kann doch nicht sein, daß die paar dürftigen Halme hier und da alles sind — wenn die windscheuen Augen seitwärts blinzeln, finden sie Papen- dies Haus, das unter den mauernden Händen vieler lärmender Arbeiter aus dem Boden schießt wie ein stattlicher Pilz.

Andreas Korn's Augen blicken anders; sie weichen nicht aus, weichen dem jammervollen Bilde des Winterroggen- felbes nicht aus, das einem zertrampelten, enthaarten Teppich gleicht. Auch seine Gedanken drücken sich nicht; sie gehen den Winter zurück bis zur Saat, sie stellen fest, daß nicht die

Bitterung, nicht die Dängung die Schuld trägt; seine Ge- danken sind mutig, sie sagen es ihm, daß es am Boden liegt: am Sand . . . Vielleicht wird es besser gehen mit dem Sommerroggen oder mit der Gerste; der Winterroggen ist hin.

Einmal muß Luise in die Stadt fahren, einen ganzen Tag lang; als sie gegen Abend heimkommt, erschrickt sie: brostig, schollig, dunkel liegt der Aker, Andreas hat den Winterroggen untergepflügt . . . er lünet in einer Ecke des Feldes und steckt Kartoffeln.

Sie fragt nicht, als sie vor ihm steht; sie weiß, daß er mit den Halmen eine Hoffnung vom Pflug zerschneiden ließ: die Hoffnung auf eine Ernte, wie er sie von daheim kennt, mit Schnittern, die sich leise in den trästigen Hüften wiegen, wenn ihre Sensen durch goldene Bogen zischen und schwere Schwaden schaffen . . .

„Jin war er doch“, sagt er nebenbei, als wiederhole er eine alte, oft besprochene Erkenntnis. Sie nickt tapfer.

Papendied ist angekommen! Kornis haben in der Küche gefessen, so daß sie kein Haus, das fertig ist, gar nicht sehen konnten; aber sie haben ihn trotzdem gehört.

Mit einem Lastauto, das ihm das Notwendigste gleich mitbrachte, ist er gekommen; das andere folgt morgen nach. Auch Luise Papendied ist dabei, keine andere Frau. Papen- died ist Witwer. Luise ist blond, schlank, hübsch, und recht, recht städtisch, wie Frau Korn vom Fenster aus festgestellt. Papen- died hebt sie vom Wagen, haut sie mit väterlicher Wucht aufs Gesicht und schreit: „Na, Luise, wie gefällt dir das?“

Man hört natürlich ihre Antwort nicht; aber gewiß ge- fällt ihr gut. Es ist ja auch hübsch und so gar nicht ärmlich; das Wohnhaus ist so groß wie das von Kornis, das Stall- gebäude viel größer und massiv gebaut; nur eine Kiefer, die haben sie freilich nicht, die kann man sich nicht vors Haus bauen — die haben nur Kornis und sind stolz darauf.

Woher er es eigentlich hat, der Papendied? Man zerbricht sich den Kopf darüber, denn Einsamkeit macht neugierig — indes Papendied mit-auffälliger Sorgsamkeit ein riesiges, in Leder gebundenes Buch ins Haus trägt. Kornis halten es für eine Bibel; noch viel mehr würden sie aber diese Sorgfalt verstehen, wenn sie wüßten, daß es die aus fünfundsiebenzig Jahrgängen des Anzeigers für die Vororte Berlins gesammel- ten Landwirtschaftlichen Ratgeber sind, dem bisherigen Seher und künftigen Landwirt Friedrich Papendied von den Kol- legen zum Abschied gestiftet. Ein sinniges, ein praktisches Geschenk, und Papendied denkt es eifrig zu benutzen.

(Fortsetzung folgt.)

Artistentod . . .

Nach Lillian Leibel verunglückt ein Stellungloser Artist.

Lillian Leibel, die berühmte Luftakrobatin, Gattin des ebenso berühmten Alfredo Codona, ist den Verletzungen erlegen, die sie sich in einem Kopenhagener Variété bei einem Sturz aus 14 Meter Höhe zuzog. Kurz darauf kam die Meldung, daß bei einer Variétévorstellung der „Deutschen Artistengemeinschaft“, einer Rotgemeinschaft engagementsloser Artisten, in Hirschgarten bei Köpenick der 46jährige Artist Ardelty, der mit seinem Familiennamen Artur Arndt heißt, aus 5 Meter Höhe vom Trapez stürzte und gestern mittag seinen schweren inneren Verletzungen erlag.

Das Sterben Ardelty's ist zum mindesten ebenso tragisch wie der Tod Lillian Leibels, die in diesem Jahre, in dem wir sie auch noch in Berlin bewundern konnten, ihr letztes Gastspiel geben wollte, um dann im Heimatland ihres Gatten, in Mexiko, mit ihrem Mann einen eigenen Zirkus zu gründen. Der 46jährige Ardelty war ein verheirateter Mann, der bescheiden in der Schlegelstr. 28 im Norden Berlins wohnte, ein treuherziger Vorkämpfer seiner Familie, bemüht, auch in diesen Zeiten schwerer Arbeitslosigkeit unter den Artisten sich durchzuschlagen. Er und seine Frau stellen eine bekannte Balance- und Trapezaktrummern dar und sie haben Europa, sie haben die ganze Welt gesehen. Als vor vier Wochen die Deutsche Artistengemeinschaft guten, zur Zeit stellunglosen Artisten, Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst bot, stellten sich die Ardelty's sofort zur Verfügung. Sie hatten in Hirschgarten ihre schwierigen Akte unter starkem Beifall beendet, und Frau Ardelty stand bereits wieder unten auf der Bühne. In diesem Augenblick muß ihr Mann einen Fehltritt getan haben, er griff nach dem Seil, sah aber daneben und stürzte in die Tiefe, um tödlich verletzt liegen zu bleiben.

Los der Artisten! Das Publikum sitzt im Parterre und auf der Bühne täuscht das leuchtende Anlitz des Artisten und seine große Sicherheit dem Nichtunterrichteten vor, daß hier keine Höchstleistung der Nervenkonzentration und der Präzision geleistet, keine Höchstanstrengung von Körper und Geist geboten wird. Erst Unglücksfälle, wie sie, auch diesmal wieder in der seltsamen Duplizität der Ereignisse, die Öffentlichkeit in Bewegung setzen, zeugen für die Schwere des Berufes, der mehr als gelernt sein will. Es handelt sich nicht um bloßes Können, sondern um eine ununterbrochene Beherrschung der Nerven. Jedes kleinste Nachlassen, jedes Versagen führt zum Tode. Das Publikum mußte unlernen, aber das wird nicht leicht sein, da die schwebende Souveränität der Leistungen die ungeheure Anspannung verbirgt.

Und doch erleben wir auch außerhalb des Artistenberufes täglich aus halbschwerer Arbeit heraus Unfälle, die als Arbeitsunfälle registriert werden und geeignet wären, die Herzen ebenso zu erschüttern wie jene der Artisten. Der Fensterputzer, der Monteur, der Dachdecker, der Bauarbeiter, der Schornsteinfeger, sie sind vor gleiche Aufgaben, vor gleiche Anspannung der Energie und gleiche Beherrschung der Nerven gestellt wie der Artist. Stirbt er durch einen Unglücksfall, so ist er Opfer der Arbeit wie jene, deren Sterben in diesen Tagen jeden Fühlenden erschüttert.

Wann kommt der Sklarek-Prozess?

Man rechnet mit zwei Monaten Verhandlungsdauer.

Die Meldung einer Berliner Zeitung, daß infolge einer schweren Erkrankung des Hauptangeklagten Max Sklarek der Sklarek-Prozess in Frage gestellt sei, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist zwar richtig, daß Max Sklarek infolge eines langjährigen Nierenleidens seinerzeit aus der Haft entlassen worden war und auch jetzt noch nach Ansicht der Ärzte unter den Einwirkungen dieses Leidens steht. Doch allemal wird der große Sklarek-Prozess unter allen Umständen verhandelt werden. An dem Prozess sind bekanntlich insgesamt 14 Angeklagte beteiligt.

Die Verteidiger haben vom Gericht eine Frist von zwei Monaten zur Beantwortung der vierbändigen Anklage erhalten. Diese Vorbereitungszeit wird jedoch von allen Juristen als nicht ausreichend betrachtet. Man will also den Antrag stellen, der Verteidigung mindestens vier Monate Frist zu geben, um zu den Behauptungen der Anklageschrift Stellung zu nehmen. Von der Staatsanwaltschaft ist angeregt worden, die Verhandlung noch vor den Gerichtstagen durchzuführen und die Beweisanträge usw. derartig vorzubereiten, daß das Gericht mit einer Prozessdauer von 8 bis 9 Wochen auskommen kann. Die Verteidigung steht jedoch auf dem Standpunkt, daß in dieser Frist der Sklarek-Prozess sich nicht abwickeln können. Man will deshalb erst nach den Gerichtstagen die Verhandlung durchführen. Ob die Justizbehörden diesem Wunsch allerdings entsprechen werden, steht noch keineswegs fest. Es ist durchaus möglich, daß das Gericht, das den Sklarek-Fall zu bearbeiten hat, ohne Rücksicht auf die Gerichtsferien durchzuführen wird. Dabei denkt man auch an die Laienrichter, die zu dem Verfahren herangezogen werden müssen. Da mit einer Verhandlungsdauer von 3 bis 4 Monaten gerechnet werden muß, wird durch den Landgerichtspräsidenten eine Zahl von Berufs- und Laienrichtern zur Verfügung gestellt, die die sonst übliche „Reserve“ bei weitem übersteigt, um zu verhindern, daß durch Erkrankungen von Richtern oder Staatsanwälten die Verhandlung etwa aufsteigen könnte. Die Laienrichter sind jedoch im Laufe der Sommermonate leichter abkömmlich, soweit es sich um Geschäftsleute handelt, als gerade im Winter. Das Gericht will auch in diesem Punkt entgegenkommen beweisen und namentlich als Ersatrichter eine Anzahl Beamte heranziehen, denen aus ihrer staatsbürgerlichen Pflicht kein geschäftlicher Nachteil erwachsen kann.

Chret die Alten!

Eine Feier für die alten Kämpfer im Kreis Friedrichshain.

Zu einer Jubiläumsfeier lud der Kreis Friedrichshain am Sonntag ins Böhmisches Brouhaus. „Mein ganzes Leben habe ich diesem Volke geweiht, Stunden der Freude und des Kampfes sollen uns verbinden zur Ehrung der Alten, den Kindern — der Jugend zum Vorbild.“ Das war der Leitgedanke unter dem die Veranstaltung zu einer eindrucksvollen Feierstunde der Partei wurde. Genosse Martin Gleisner gab die Anregungen zu einem abwechslungsreichen Programm. Es gab keine Zuhörer mehr und so war von Anfang der Feier an ein Zusammengehörigkeitsgefühl da, das alle in Bann hielt. — Unterwehenden roten Fahnen marschierte unsere Jugend zur Bühne. Musik des Orchesters der Roten Falken unter Leitung des Jugendgenossen Rudolf Barthel und Chorgesang des Arbeiter-Sängerbundes Friedrichshain unrahmten die einzelnen Phasen der Feier. Eine Szene auf der Bühne stellte ein Erlebnis der Alten während des Kapp-Putsches dar. Der Kreisleiter, Genosse Buchmann, nimmt eine Reihe von Mitgliedern der SA in die Partei auf. Im Sprechchor antwortet die Jugend ein Gelächter der Pflichterfüllung. Genosse Jabczynski wendet sich an die Alten. Während des gemeinsamen Gesanges: „Brüder

Unruhestifter / Versammlungsstörer

Kommunisten und Nationalsozialisten am Dranger.

Das preussische Innenministerium hat in diesen Tagen eine interessante Statistik herausgegeben, aus der die Verschärfung der Gesetze auf politischem Gebiete mit besonderer Deutlichkeit hervorgeht.

Im Jahre 1929 hatte die Polizei innerhalb des Freistaates Preußen bei nur 586 Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel oder bei öffentlichen Zusammenkünften in geschlossenen Räumen gegen Störungen einzuschreiten. Ihre Arbeit ist im vergangenen Jahre 1930 in ganz besonderem Maße erschwert worden. Die Zahl der Fälle, in denen im letzten Jahre ein Eingreifen der staatlichen Polizei notwendig war, hat sich auf rund 2500 erhöht. Das bedeutet nicht weniger als eine Vervielfachung gegenüber 1929. Veranlasster waren bei diesen Kundgebungen, von denen 1579 unter freiem Himmel, die übrigen 915 in geschlossenen Räumen abgehalten wurden, sämtliche größeren politischen Parteien und Organisationen, die gegenwärtig vorhanden sind, Sozialdemokraten, Reichsbanner, Zentrum, Kommunisten, Nationalsozialisten, Stahlhelm, Jungbo usw.

Die Auffassung des preussischen Innenministeriums beweist, wer Versammlungen und Kundgebungen stört und wer durch Gewalttaten die Polizei zwingt, zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger einzugreifen.

Es sind die Kommunisten und die Nationalsozialisten, die immer wieder statt mit der Kraft des Geistes mit der Kraft der Stimme, der Faust und der Kugel den Gegner zu bezwingen versuchen.

In nicht weniger als 1873 Fällen — das sind 75 Proz. der Gesamtzahl — haben Angehörige der Kommunistischen Partei Versammlungen systematisch zu stören versucht, während sich noch im Jahre 1929 die Zahl der planmäßig organisierten Störungen durch Kommunisten auf nur 13 belief. In 521 Fällen waren Nationalsozialisten die Friedensbrecher. Es verbleiben also für alle

übrigen Gruppen einschließlich auch des Stahlhelms, der in einzelnen Landesteilen zum mindesten zu Gewalttaten neigt, ganze hundert Fälle übrig. Wenn der Polizeibeamte sich mit Recht über eine starke Belastung durch seinen Dienst bei öffentlichen Kundgebungen beklagt, so möge er bedenken, daß die wahren Schuldigen die Nationalsozialisten und Kommunisten sind.

Es ist kein Zweifel, daß in den meisten Fällen die Störung der gegnerischen Versammlung nicht spontan geschieht, sondern auf Vorsatz und Ueberlegung beruht und wohlüberreitet ist. Das geht daraus hervor, daß durch die Polizeibeamten bei diesen Zusammenstößen im ganzen die städtische Anzahl von

1080 Waffen beschlagnahmt

wurde, und zwar 149 Schusswaffen, 323 Hieb- und Stoßwaffen und 608 gefährliche Werkzeuge. Gegenüber dem Jahre 1929, als der Polizei „nur“ 454 derartige Wordinstrumente bei ähnlichen Gelegenheiten in die Hände fielen, ist leider auch auf diesem unruhigen Gebiete ein trauriger Rekord erreicht, der hoffentlich im Jahre 1931 nicht mehr überschritten zu werden braucht.

In wech engem Zusammenhange die polizeilichen Eingriffe der Staatsgewalt mit den Wahlen zum Reichstag stehen, ist daraus ersichtlich, daß die Mehrzahl aller bewußten Störungen von Versammlungen, von welcher Seite auch immer sie erfolgten, im August und September vergangenen Jahres auftraten. In diesen beiden Monaten mußte die Polizei in nicht weniger als 360 bzw. 402 Fällen gegen Friedensstörer einschreiten. In den letzten drei Monaten des Jahres verhängte sich die Zahl der Störungen durch nationalsozialistische Hausen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß gerade den Nazis durch ihren Wahlsieg vom 14. September der Kampf geschwollen war.

Man darf zu der Hoffnung berechtigt sein, daß die Rückkehr weiler Volkstriebe zur politischen Einsicht den Terror vom Sowjetstern und Hakenkreuz über kurz oder lang gebannt haben wird.

Öffentliche Kundgebungen

1. Kreis-Mitte. Donnerstag, 19. Februar, 19¹/₂ Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110. Redner: Staatsanwalt Dr. Hoegner.

2. Kreis Tiergarten. Donnerstag, 19. Februar, 19¹/₂ Uhr, im Moabitler Gesellschaftshaus, Wielefstraße 24. Referent: Engelbert Graf, M. d. R.

Thema in allen Versammlungen:

„Der Volksbefrug der Nationalsozialisten“
Männer und Frauen, helft den Faschismus bekämpfen!
Erscheint in Massen!

zur Sonne, zur Freiheit“ wird den Alten durch Kinder eine Ehrennadel überreicht. Genosse Stadtrat Genisch findet tiefempfundene Worte des Dankes für die Alten, die überlesen zum Motio des Sprechchors: „Für eure Arbeit, für eure Treue danken wir euch, danken wir alle euch!“ Zum Abschluß ertönt ein dreifaches Dank der Versammlung. Jetzt erhebt sich einer der Alten, der 73jährige Genosse Berger. In ergreifenden Worten sagt er, daß angelehnt dieser Ehrung alles unter dem Sozialistengesetz erduldet, Gefängnis und Ausweisung, vergessen sei. An die Jugend wendet er sich mit zu Herzen gehender Mahnung. Genosse Genisch spricht dann über die Aufgaben der Zukunft: Unter der Sonne! Mit der „Internationale“ findet die Feier ihren Abschluß.

„Reichsbund der Vorbestraften.“

Der Präsident wegen Untreue verurteilt.

Unter der Anklage der Untreue hatte sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der frühere Reichstagsabgeordnete Reich, der von 1920 bis 1924 der kommunistischen Reichstagsfraktion angehört hatte, dann aber von seiner Partei ausgeschlossen worden ist, zu verantworten.

Reich ist Begründer und Vorsitzender des früheren Reichsbundes der Vorbestraften, der sich jetzt „Reichsverband für Volksrechtshilfe“ nennt und dessen Vorsitzender er wieder ist. In den Satzungen dieses Reichsverbandes wird als Ziel bezeichnet „Zusammenschluß aller derjenigen, die mit den gegenwärtigen Gesetzen unzufrieden sind und sie bekämpfen wollen“. Gegen Reich sind schon eine große Zahl von Anzeigen, die seinen „Kampf gegen die Gesetze“ kennzeichnen, erstattet worden. Es mußte aber immer das Verfahren eingestellt werden, weil Reich nicht beizukommen war. Der Reichsverband hat ein Intassobüro, und Reich hatte es übernommen, für einen Schachtmeister eine Forderung einzuziehen. Es war ihm auch gelungen, 600 Mark einzuziehen. Von dieser Zahlung hatte er seinem Auftraggeber aber keinerlei Mitteilung gemacht, im Gegenteil, er hatte dem Schuldner sogar zunächst ins Gesicht abgestritten, daß er etwas gezahlt habe. Als er dann schließlich zugeben mußte, das Geld erhalten zu haben, machte er seinem Auftraggeber eine riesige Gegenrechnung auf, um sich nach Möglichkeit der Rückzahlung zu entziehen.

Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen Untreue zu einem Monat Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, gab ihm aber für die Gefängnisstrafe, da er noch nicht sehr erheblich vorbestraft ist, Bewährungsfrist.

Festnahme eines Schmutzfinken.

Postkastenbesudler protestiert gegen den Staat.

Nach längeren Beobachtungen gelang es jetzt endlich, den lange gesuchten Postkastenbesudler festzunehmen. Seit vielen Monaten trieb dieser Mann sein Unwesen. Er trat hauptsächlich in Neudölln auf, weniger in anderen Stadtteilen. An dem Postkasten vor dem Hause Senfstraße 18 in Neudölln stellen ihn Beamte. Man fand bei ihm mehrere Pakete mit Unrat, die er in die Kisten hatte werfen wollen. Auf dem 211 Postzettel wurde er als ein 42 Jahre alter Arbeiter Berthold St. aus der Anseebekstraße 57 zu Neudölln festgestellt. St., ein Junggeheile, ist augenblicklich arbeitslos. Die Vermutung, daß die Schmutzerlei auf eine anormale Veranlagung zurückzuführen sei, trifft für St. nicht zu. Er gibt vielmehr an, daß er mit der heutigen Staats- und Gesellschaftsform unzufrieden sei und auf diese Weise sein Mißfallen habe zum Ausdruck bringen wollen. St. wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Polizei und Hugenberg-Film.

Die im gestrigen „Abend“ geschilderte Festnahme des Landtagsabgeordneten Genossen Fechner und des Stadtverordneten Genossen Aschenbrenner bildet den Gegenstand einer Untersuchung im Polizeipräsidium. Die beschuldigten Beamten behaupten, sich keiner Uebergrieffe schuldig gemacht zu haben; sie erklären die entgegengesetzten Behauptungen der Festgenommenen aus ihrer großen Aufregung. Die Demonstration, mit deren Auflösung die Polizei beschäftigt war, war von den Nationalsozialisten ausgegangen; die Genossen Fechner und Aschenbrenner waren ganz zufällig in den Tumult hineingeraten. Rog also bei der Entstehung dieser Affäre auch der Zufall sein türkisches Spiel getrieben haben, so ist von der Polizei doch zu verlangen, daß sie sich die Leute, mit denen sie zu tun hat, genau ansieht. Zwischenfälle, die geeignet sind das gute Verhältnis zwischen der Polizei und der republikanisch gesinnten Bevölkerung zu stören, müssen unter allen Umständen vermieden werden.

Dr. Lübben — ein homosexueller Sadist.

In der Berufungsverhandlung vor dem ersten Großen Strafkammer beim Landgericht III gegen den Regierungsrat im Reichspatentamt Dr. Karl Lübben, der sich wegen Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten hat, wurden am Montag die als Sachverständige geladenen Gerichtsärzte vernommen. Sanitätsrat Dr. Leppmann bezeichnete den Angeklagten als einen homosexuellen Sadisten, der zwar psychopathisch minderwertig sei, dem aber nicht der § 51 des Strafgesetzbuches zugerechnet werden könne. Diesem Gutachten schloß sich Medizinrat Dr. Freiherr von Madrenhoff im wesentlichen an, erweiterte sein Gutachten nur noch dahin, daß es immerhin möglich sei, daß Dr. Lübben einzelne der Straftaten, die ihm zur Last gelegt werden, vielleicht doch in einem pathologischen Rauschzustand begangen habe. Staatsanwalt Güntler beantragte die Verurteilung der Berufung und eine Aufrechterhaltung des ersten Urteils, das auf neun Monate Gefängnis lautete. Die Urteilsverkündung wurde auf den heutigen Dienstag mittag 12 Uhr festgesetzt.

Protest gegen Pfarrer Eckardt's Absetzung. Eine zur Aussprache über die Frage „Hat das Christentum dem Arbeiter noch etwas zu sagen?“ geladene und von mehreren hundert Personen besuchte Versammlung der religiösen Sozialisten und ihnen nahestehenden Kreise erklärte einstimmig ihre Entrüstung darüber, daß der Mannheimer Pfarrer und religiössozialistische Führer Eckardt seines Amtes von der boshässlichen Kirchenregierung vorläufig enthoben worden ist, ohne daß auch nur der Ausgang des gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens abgewartet wurde. Die Amtsenthebung erfolgte, weil Pfarrer Eckardt in öffentlicher Versammlung gegen den Nationalsozialismus auftrat, trotzdem die Kirchenbehörde ein solches Auftreten verbieten hatte.

Hafbesche gegen Arbeitsamt-Angestellte. Die der Verurteilung beim Arbeitsamt Ost angeschuldigte fünf Angestellten Wilhelm Bertram, Albrecht Bopp, Herbert Jung, Rudolf Regimbogen und Bruno Böge wurden am Montag dem Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidium vorgeführt. Gegen sämtliche Beschuldigte wurde Haftbefehl wegen des Verdachts der schweren Urkundenfälschung, des Betruges und der Unterschlagung erlassen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Gedächtnisfeier für die 14 Erdbebenkinder 17-18. 2. Tr. Reichshaus (Romerbadstr. 10/11). Dienstag, 17. Februar, 19¹/₂ Uhr. Samstagsabendsammlung bei Vertala, Fehnhofstr. 2. Wichtige Tagesordnung. Erleuchten Licht. — Schneiders-Rede (Romerbadstr. 10/11). Dienstag, 17. Februar, 20¹/₂ Uhr. Samstagsabendsammlung im Hotel Minaklanke, bei Caro, Köpenicker Str. 2. Dr. Rudi Neumann spricht über: „Politische Notwendigkeit“.

Der Berliner Arbeiterklub hat jeden Dienstag um 20¹/₂ Uhr im Clubhaus, Chausseestraße 2.
Verein der Prekären zu Berlin, Mittwoch, 20¹/₂ Uhr. Monatskassensitzung bei Kählerhuden, Köpenicker Str. 21. Eintrittsgeld am 14. März 1931 im „Café“, Köpenicker Str. 24. Gänge 1 R.



Heine und die Gegenwart

Zum 75. Todestag

„Nichts gesagt und nichts gesungen wird an meinen Sterbetagen“, diese prophetischen Worte Heines scheinen Geltung zu haben, soweit die bürgerliche Welt in Frage kommt. Während die Gedentage von Geistern drüben, vierten Ranges im Rundfunk als Ereignisse begangen werden, bringen die Ketherwellen der deutschen und österreichischen Sender mit Ausnahme des rheinischen, der einige belanglose Gedächtnisreden läßt, und zwei, drei anderer keine Kunde vom 75. Todestag eines der größten unter den deutschen Dichtern, der von der gesamten ausländischen Kulturwelt geliebt und verehrt wird. Das Deutschland von heute und das Deutschland, das Heine aus allzugroßer Liebe mit seinem Spott geißelte, sind eben noch nicht so sehr von einander verschieden. Im Gegenteil scheint es, als ob jener Ungeist, um dessen willen Heine sein Vaterland verlassen mußte und in der Verbannung starb, in einem großen Teil des Bürgertums wieder eine traurige Wiedergeburt erlebt. Um so größer ist seine Mission in dem anderen Deutschland, in dem der Arbeit, der Kraft, des freien Menschentums.

Sogar schärft Deutschland nicht mehr „in sanfter Hut von sechs- und dreizehn Monarchen“, die deutschen Fürsten haben sich sanft aus dem Staub gemacht, aber die Befinnung, die von ihnen, nicht in das Volk, wohl aber auf die sonstigen Mächte übergegangen, ist noch die gleiche. „Noch immer das hülzernen pedantische Volk, noch immer ein rechter Winkel in jeder Bewegung, und im Gesicht der eingetragene Dünkel“ — so sieht auch heute noch das Gesicht der „herrschenden Klasse“ aus. Auch das Studententum vor hundert Jahren, lebt es nicht zum Teil heute wie damals, namentlich auf kleinen Universitäten in seinen grotesken mittelalterlichen Sitten, gilt nicht noch heute, was Heine in der „Harzreise“ über Göttingen schreibt: „Dapon stammen (aus der Völkerverwanderung) alle die Bandalen, Friesen, Schwaben, Teutonen, Sachsen, Thüringer usw., die noch heutzutage (vor hundert Jahren) in Göttingen hordenweise und geschlechtsweise die Farben der Röhren und Pfeifenqualen, über die Beendersträße einherziehen...“ — sich ewig untereinander herumtschlagen, in Sitten und Gebräuchen noch immer wie zur Zeit der Völkerverwanderung dahinführen.“

Hat dieser große Satiriker, vielleicht der einzige, den Deutschland bisher hervorgebracht hat, nicht auch in allem übrigen das Wesen des deutschen Philisters erkannt? „Wie klug auch die Maschinen sind, welche die Menschen schmieden, dem Eisel bleibt zu jeder Zeit sein sicheres Dasein beistehen. Der Himmel verläßt seine Eisel nicht, die ruhig im Pflichtgefühl, wie ihre frommen Väter getan, tagtäglich traben zur Mühle.“

Wird Heine vom deutschen Spielbürger gehaßt, so sollte der große Verkünder menschlicher Freiheit, der Feind aller Unterdrücker, der erste Sänger des sozialen Elends, um so mehr vom arbeitenden

Volk geliebt werden. Vieles von dem, was er angestrebt, ist in Erfüllung gegangen, aber ewig wird sein „Weberlied“, das seinen Zeitgenossen wie ein Fanfarenruf ins Ohr gellte, nicht nur als Zeitdokument, sondern als gewaltige Anlage der aus den Tiefen zum Licht Ringenden die fühlenden Herzen erschüttern. „Mildeutschland, wir weben dein Leichenrock, wir weben hinein den dreifachen Fluch, wir weben“, dieses Deutschland ist dahin, kein König läßt mehr die um den länglichsten Lohn ringenden Arbeiter wie Hunde erschließen, aber auch heute kämpft das Volk um sein nacktes Dasein. Die dröhnenden Strophen des „Weberlieds“ werden nicht verhallen, auch wenn der Kampf zwischen Besitz und Arbeit beendet sein wird.

„Herwegh, du eiserne Verbe, mit strahlendem Jubel steigt du empor zum heiligen Sonnenlicht. Ward wirklich der Winter zu nichte? Steht wirklich Deutschland im Frühlingstor?“ Die Zweifel, die Heinrich Heine nach dem Jahr 1848 gehegt hat, wollen uns auch heute, nach so vielen Fortschritten auf dem Gebiet der sozialen Geseßgebung, bedrücken. Sein Schloßruf soll uns leiten: „Girre nicht mehr wie ein Berber, welcher nur für Vollen glüht — was die Glocke hat geschlagen, sollst du deinem Volke sagen, rede Dolsche, rede Schwertler!“ Dieser gegen Goethe gemünzte Ausfall kennzeichnet so recht die Feuerluft des wahrhaften Freiheitsängers, der den Kampf stets an der Seite des Volkes geführt hat. Die dem gebildeten Deutschen eigenständige Ablehnung des Volkhaften, ein gewisser ironischer Hochmut, der auch den letzten deutschen Robespierresträger kennzeichnet, ist nie seine Art gewesen. Er bespöttelt diese Art Menschen: „Nur in der Tiefe des Gemüts ein deutscher Mann die Freiheit trägt.“ Seine Doktrin lautet: „Tromme die Leute aus dem Schlaf, tromme Reveille mit Jugendkraft, marschiere trommelnd immer voran, das ist die ganze Wissenschaft.“

An der Grenzschwelle zweier Zeitalter starb dieser größte Revolutionär der deutschen Dichtung. Er erlebte in Paris die Morgenröthe des Sozialismus. Er hatte noch Fourier gelannt und berichtet voll Ehrfurcht, wie oft er ihn in seinem grauen abgehoblen Rock an den Häuserfeuern entlangschreien sah und wie dieser Prophet der sozialen Umwälzung „während er sich mit der leidenden Menschheit dem großen Patienten beschäftigte und Heilmittel erfann für dessen achtzehnhundertjähriges Gebreche, sein Leben nur durch Betteln fristete.“ Er begrüßte in Paris enthusiastisch den Jüngling Lassalle, und er sah prophetisch den Aufstieg der Arbeiterklasse. Er ist in dem Deutschland der Arbeit und der freien Geistigkeit heute so lebendig wie vor fast einem Jahrhundert, das Volk wird ihn nie vergessen, und wenn das reaktionäre Bürgertum ihm Gedenkfeste und ein Denkmal verweigert, so wird diese Kulturschmach weitgemacht durch die Liebe und Verehrung des Volkes für seinen leidenschaftlichsten und wortgewaltigsten Sänger. Paul Gutmann.

„Dafür schulde ich Ihnen eine Genehmigung, unbedingt eine entsprechende Genehmigung.“

Bei diesen Worten spitzte ich er freut die Ohren.

„Da, nehmen Sie Ihr Manuskript wieder. Das wird Ihnen ein lautes, unnützes Warten ersparen.“

Ich betrachtete ihn, ohne zu verstehen. Er fuhr fort:

„Auf diese Weise handle ich am ehrlichsten und korrektesten, um das an Ihrem Hut verübte Unrecht wieder gut zu machen. Sehen Sie, wir haben viel zu viel Manuskripte, so viele, daß wir sie überhaupt nicht mehr lesen. Was uns übrigens nicht hindert, sie mit den schönsten Höflichkeitsehrungen zurückzusenden. Betrachten Sie dies also als einen ganz besonderen Höflichkeitsehrung.“

Dann öffnete er die Tür und ermahnte mich, weiter mutig und standhaft zu bleiben.

Als ich mich wieder auf der Straße befand, glaubte ich, geträumt zu haben, aber leider überzeugte mich mein Märtyrertum davon, daß alles reinste Wirklichkeit gewesen war.

(Verstärkte Uebersetzung von Ernst von.)

Schutz für den Darßwald

Bengt Berg, der bekannte Schilderer der nordischen Tierwelt, hat die deutsche Ostküste besucht und war auch in dem Küstengebiet an der Grenze Mecklenburgs und Pommerns, wo sich im Laufe der Zeiten aus vorgelagerten Inseln die eigenartige Halbinsel Darß-Darß-Zingst gebildet hat mit dahinterliegenden ebenso eigenartigen Bodenbildungen. Diese Boden, die jetzt nur im Osten eine einzige Verbindung mit der Ostsee haben, hatten einst eine Reihe von Ausläufern in die See, die im Laufe der Zeit verlandet sind, oder wie der Prerowstrom (1876) künstlich geschlossen wurden. Das Mittelstück der Halbinsel, an der die See unausgeseht Neuland angeschlossen ist der Darß, an dessen von Sandbänken umlagerten Nordspitze, dem Darßer Ort, sich die Anschwemmungslängsleit der See am auffälligsten zeigt. Dort, wo einst der Prerowstrom den Darß von Zingst völlig trennte, liegt auf der Darßseite der bekannte Badeort Prerow. Jeder, der hier schon frohe Sommerwochen verlebte, kennt auch den herrlichen Darßwald, der unmittelbar bei Prerow beginnt und fast die ganze Halbinsel Darß bedeckt bis an die Süd- und Ostspitze des Bodden, wo die wenigen Darßorte ihre bischen Wiese und Acker haben. Ein großer Teil dieses 26 000 Morgen umfassenden herrlichen Reichswaldes wurde noch niemals irgendwelcher systematischer Forstwirtschaft unterzogen; hier fiel kaum je ein Baum der Art zum Opfer. Es gibt hier neben prächtigen, an der Küste sturmzerzauntem Kiefernwald ganze Reviere alter, prachtvoller Buchen, kaum durchdringliche Fichtendickung und, da das Innere des Darß teilweise moorig ist, unzugängliche Erlenbrüche. Die Vegetation ist erstaunlich. Typisch für den Darßwald sind die mehrhundertjährigen Rotbuchen, die Wacholderbüsche von bedeutendem Ausmaß und oft auffälliger Formung, baumartige Stochpalmen, alte Eiben und, was besonders auffällig, riesiger, wildwachsender Esen. Der zur Westküste hin absteigende Darßwald ist durch eine große Anzahl quer durch die Halbinsel streichender ehemaliger Dünen und Schichten zerrissen, in deren moorigen Gründen es weltvergessene und unzugängliche Mooreteiche gibt. Von früher her besiedelt diese urdeutschen Waldungen noch statisches Hirsch- und Rehwild.

Bengt Berg hat nun angetragt, diesen, wie er sagt, „urzeitlichen“, wasserumrandeten Waldkomplex zu einem Urwildpark auszugestalten. Es schweben ihm dabei die bekannten Naturforschungs-Referenzen in den Vereinigten Staaten vor. Er hält es sogar für möglich, hier eine Herde von Büntzen zu begründen, und hat seine Anregungen bereits der preussischen Regierung unterbreitet, in deren Staatsbesitz sich der Darßwald befindet. Man erinnert sich hierbei daran, daß ein ähnlicher Vorstoß vor Jahrzehnten in bezug auf das ebenfalls noch sehr urwäldliche Waldgebiet am Benemünder Haken (Vogelstrecke an der Nordwestspitze der Insel Usedom) gemacht wurde. Der Darßwald ist schon seit Jahrzehnten ein begehrtes Ziel nomadischer Landchaftsmaler. Prerow und Ahrenshoop (letzteres am Übergang vom Darß zum Festland) wurden bekannte „Malerkolonien“.

Alphonse Crozière: Der Hut

Nachdem ich meinen psychologischen Roman mit dem Titel „Zwei Märtyrerkönige“ fertig geschrieben hatte, warf ich mich in meinen besten Staat und begab mich fort, um das Buch Herrn Hinhalt, dem Verleger, zu unterbreiten. Es war eine schwere Befastung für meine angeordnete Bescheidenheit.

In Bälde betrat ich einen seltsam anmutenden Raum, in dem tiefstes Schweigen vorgeschrieben sein mußte. Dasselbst wandte ich mich an einen jungen Angestellten, der trübfinnig ein Paket zusammenschürte.

„Berzeihung, könnte ich mit Herrn Hinhalt sprechen?“

„Aus welchem Grund?“

„Es ist wegen eines Manuskripts.“

Er maß mich mit der gleichen verächtlichen Miene, als ob ich ihm Fliegengütern angeboten hätte; dann sagte er schroff:

„Ganz hinten rechts.“

Ganz hinten rechts wurde ich von einem alten Schreiber empfangen, dem ich meinen Wunsch auseinandersetzte. Leider war der gute Mann stotternd. Er glaubte, ich wäre gekommen, um Geld zu bringen und schleppte mich zur Kasse. Es kostete mich Mühe, ihn begreiflich zu machen, weshalb ich eigentlich gekommen war. Nachdem er es endlich begriffen hatte, stieß der biedere Alte die Tür zu einem großen, düsteren Räume auf.

„Sehen Sie sich, der Chef wird gleich kommen.“

Ich ließ mich auf einem Stuhl nieder, legte meinen Filzhut auf einen breiten Ledersessel und wuschte mir den Schweiß von der Stirn. Dann fiel mein Blick auf die Stöße von Schreibstühlen, die sich an allen Enden und Ecken häuften, sowie auf einen antiken Stuhl; er stellte einen kleinen Jungen im Badeanzug dar, der mit einer Krabbe spielte.

Endlich öffnete sich die Tür. Ich schob in die Höhe.

Herr Hinhalt machte einen großartigen Eindruck auf mich. Er grüßte mich kurz, forderte mich auf, Platz zu nehmen und ließ sich dann mit der ganzen Bucht seines Körpers auf dem Sessel nieder, wo ich meinen Hut hingelegt hatte. Ich verspürte eine unbeschreibliche Angst. Man denke nur: mein neuer Hut!

„Nun, womit kann ich Ihnen dienen?“ fragte er mit leiser Stimme.

„Ich holte ich links mein Manuskript aus seinem Umschlag hervor.“

„Es ist“, stammelte ich, „eine Arbeit, die ich mit besonderer Sorgfalt vorgenommen habe. Ich hege nur einen Wunsch: daß Sie beim Lesen genau dieselbe Freude haben wie ich beim Schreiben.“

Diese schwungvolle kleine Rede hatte ich mir schon lange eingeübt. Leider kam sie nicht mit der gewollten Sicherheit heraus, denn ich dachte an nichts anderes als an meinen armen Filzhut, der zwischen dem Sessel und der Hinterseite des Herrn Hinhalt zerdrückt lag.

Er warf einen kühlen Blick auf den Titel.

„Zwei Märtyrerkönige...“ „Hm, hm, etwas veraltet. Warum wollen Sie nicht der Tagesströmung folgen? Machen wir daraus lieber: „Nord an zwei Herzen“. So was steht und löst zum Kauf.“

„Aber ganz wie Sie wollen!“

Er überflog rasch die erste Seite und mußte mit meiner Phantasie, die gleich am Anfang die schönsten Blüten getrieben hatte, zufrieden sein, denn er gerüchte lächelnd zu lesen:

„Sehr schön. Ich werde Ihnen in etwa vierzehn Tagen eine Antwort geben. Ich habe allen Grund anzunehmen, daß Sie friedigend ausfallen wird und daß wir uns verständigen können.“

Ich hätte ihn am liebsten umarmt.

Dann wurde er fast freundschaftlich, befragte mich über meine gewöhnliche Beschäftigung und brachte durch geschickte Fragen heraus, daß ich keinerlei persönliche Vermögen besaß und mit dem Lebensunterhalt durch Schreiben von Romanen zu verdienen gedachte.

Als er aufstand und sah, wie ich die Hand furchtlos ausstreckte, um mir den Hut, über den eine Dampfwalze gegangen zu sein schien, wieder zu nehmen, rief er entsetzt:

„Wie, ich habe darauf gesehen? Ich weiß wirklich nicht, wie ich mich für meine Unachtsamkeit entschuldigen soll...“

„Aber das hat nichts zu bedeuten“, sagte ich mit blöder Miene.

„Das läßt sich wieder gutmachen.“

„Das ist möglich, aber die Sache ist mir trotzdem recht peinlich.“

„Lassen Sie sich deswegen keine grauen Haare wachsen“, meinte ich in meiner Einfalt ab.

Da meinte er tröstend:

Ein Pud Zucker für eine Frau

Von Dobrjansky

Der Verkäufer war Teilnehmer an einer Expedition in den aserbaidschanischen Kurdisten und hatte Gelegenheit, die barbarischen Sitten der Ginarbaten zu studieren. Wir bringen einen Auszug aus seinen überaus interessanten Notizen.

Im Innern Rußlands wurde vor Jahren ein großes Dorf entdeckt, das von der Welt so abgeschnitten gewesen war, daß seine Einwohner von Weltkrieg und Revolution unberührt blieben, ja sie wußten nicht einmal, daß er keinen Jaren mehr gab und daß ganz andere Verhältnisse eingetreten waren. Dieser Fall kann vielleicht eine Vorstellung von der ungeheuren Ausdehnung Rußlands geben, das in sich Länder birgt, die der Wissenschaft noch unbekannt oder nur halb bekannt sind und dabei so groß sind, daß manches europäische Land in jedem von ihnen ein paar mal Platz fände. Wenn sie auch mit dem Reich administrativ zusammenhängen, so haben diese Länder oft nur eine lose Verbindung mit Rußland und ihre Bevölkerungen sind von der Zivilisation noch vollkommen unberührt.

Schilderungen aus diesen Gebieten klingen wie Darstellungen eines Lebens, das Jahrhunderte zurückliegen mag, und dennoch ist es lebendige Gegenwart.

Nicht fern von den Pforten Europas, im aserbaidschanischen Kurdisten, ist die Entwicklung der Menschheit in einem Anfangsstadium stehen geblieben, und die Bevölkerung dieses Landes — schon hart bedrängt von den Einflüssen des europäischen Rußland — bewahrt hartnäckig, von der Unwegsamkeit der Helma begünstigt, die sonderbaren Bräute, die ihr ein barbarisches Sittengesetz vorschreibt. Große Priester, Agakalen, sind die höchsten Hüter der Traditionen der turkischen Dörfer, der Kischlaks, die aus Erdhöhlen und Filzjurten bestehen. Die Agakalen sind zugleich auch Richter, die nach einem ungeschriebenen Gesetz urteilen. Ein ardenisches russisches Gericht kommt in manche Kischlaks nur einmal im Jahre. Es ist dies ein Sondergericht, das das Land bereist, um über die schweren Fälle — Mord, Raub und Blutrache — zu urteilen. Während der Anwesenheit unserer Expedition in Rußland, dem größten Kischlak des Landes, sagte dort ein solches Gericht. Der wichtigste Fall, der zur Verhandlung stand, war bezeichnend für die kulturelle Verfallung der Bevölkerung. Es handelte sich um einen Mord an einer 14-jährigen Frau, den ihr eigener Mann begangen hatte. Die schreckliche Tat war im Einverständnis mit der Familie des Opfers vollbracht worden, und zwar darum, weil der Gatte und die Familie gefunden hatten, daß die vierzehnjährige „verdorben“ sei. Ein regelrechter Familienrat beschloß nun den Tod des armen Kindes, und der Gatte nahm es auf sich, diesen Beschluß durchzuführen. Er erwürgte seine junge Frau und warf sie dann von einem Felsen hinunter. Diese entsetzliche Episode gibt

eine Vorstellung von den Moralbegriffen, in welchen die Eingeborenen von ihren Agakalen erzogen werden und von der eigentümlichen „Familiensitte“, der hier gebührt wird. Viele dieser Fälle und vor allem solche von Polygamie, die von der russischen Gesetzgebung streng verfolgt wird, bleiben unaufgedeckt, weil die Majorität der Bevölkerung der schertatischen Moral die Treue hält. Außerordentlich charakteristisch für diese Moral ist die entwürdigende Stellung der Frau. Sie ist die Schwerarbeiterin, ja oft die einzige Arbeiterin in der Familie. Ein turkisches Sprichwort stellt diese Tatsache recht nahe fest: „Ich habe ein Pferd, um meine Habe zu führen, einen Hund, um sie zu bewachen, und eine Frau, um sie zu schaffen. Dessenungeachtet genießt die Frau nicht das geringste Ansehen: sie darf sich zum Beispiel nicht in ein männliches Gespräch hineinmischen und ist ihrem Mann zu blindem, slavischem Gehorsam verpflichtet. Nicht nur das: die Frau ist ein unreines Wesen. Während ihres Unwohlseins und auch 40 Tage nach einer Geburt, darf sie, weil sie den Eingeborenen noch unreiner erscheint als sonst, kein Brot backen, kein Geschirr anrühren, kein Gebet vortragen und keine Besuche machen. Nach heute wird die Frau von ihrem zukünftigen den Eltern einfach abgetauft. Katym, der Kaufpreis, beträgt meistens fünf, sechs Schafe, eine Kuh oder einen Ochsen oder 1 Pud Zucker (gegen 16,5 Kilogramm). Die gekaufte Frau wird vollständig Eigentum des Mannes. Darum ist es nicht weiter verwunderlich, daß dieser glaubt, mit ihr verfahren zu dürfen, wie es ihm beliebt. Der Vorsitzende des rufenden Gerichtes erzählte uns, daß darum die Opfer der meisten Verurteilung Frauen sind. Die Motive für diese Greuelthaten sind meistens in dem Streben nach Rache für eine beleidigte Familienehre zu suchen. Als Beispiel dafür erzählte uns ein Richter, daß vor einer Reihe von Jahren im Dorfe Achsaly eine vermittelte Frau von ihrem Bruder ermordet wurde, weil sie ein von seinem Standpunkt leichtsinniges Benehmen gezeigt hätte. Der Mörder glaubte durchaus ehrenhaft und seiner Pflicht als treuer Bruder gemäß zu verfahren. Nachdem er die Schwefel erwürgt und damit der Familienehre Genugtuung verschafft hatte, hinort er die Leiche am Eingang des Hauses zur Schau auf, damit sie den anderen Frauen zur Warnung und Lehre diene. Die Verdamnislosigkeit, mit der uns diese Dinge erzählt wurden, beweist, wie sehr man hier an solche Vorfälle gewöhnt ist und wie sehr sie an der Tagesordnung sind. Es wird auch solange so bleiben, solange dieses primitive Volk den Agakalen ausgeliefert bleibt und, fern von jeder Zivilisation, in seinen Erdhöhlen und Filzjurten haust. Aber schon geben Wanderlehrer durch das Land, und neben den Filzjurten erheben sich schon die Wolkenträger der Zivilisation.

Reichsbahn/Kraftwagen/Spediteure

Grundsätzliches zum neuen Speditionsvertrag.

Die Reichsbahn steht seit den letzten Jahren in einem erbitterten Konkurrenzkampf gegenüber dem neu aufkommenden Kraftwagen-Gütertransport, der in kurzer Zeit einen beträchtlichen Umfang entwickeln konnte. Die Reichsbahn hat im Gegensatz zu anderen ausländischen Bahnen versäumt, sich einen eigenen Kraftwagenverkehr zu schaffen. Sie hat statt dessen im wesentlichen durch Ausnahmestellen, die sogenannten K-Tarife, sich bemüht, den an den Kraftwagen verlorenen Transport wieder an sich zu ziehen. Diese Bemühungen sind im ganzen erfolglos geblieben, selbst dort, wo die Reichsbahn mit ihren Ausnahmestellen die Frachttarife der Kraftverkehrs-Gesellschaften unterboten hat, weil der Kraftwagenverkehr dem Verfrachter eine Reihe von besonderen Vorteilen — raschere Beförderung, geringere Umladungen, gleichzeitige Durchführung von An- und Abfuhr usw. — bot und sich damit für einzelne Warengruppen als überlegeneres Verkehrsmittel erwies.

Die neuen Wege.

Die Reichsbahn hat nun in ihrer Verkehrspolitik gegenüber der Kraftwagenkonkurrenz einen ganz neuen Weg eingeschlagen. Durch ein Abkommen, das die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit der großen Speditionsfirma Schenker u. Co. abgeschlossen hat, soll eine Organisation des Sammelgüterverkehrs (sowie des An- und Abfuhrdienstes) geschaffen werden; zugleich soll in Zukunft die Kraftwagenkonkurrenz durch besondere Bindungen der Spediteure in engen Grenzen gehalten werden.

Der Vertrag der Reichsbahn mit der Firma Schenker u. Co. sieht folgende Neuordnung vor: Eine neue Gesellschaft, die deutsche Bahnspedition Schenker u. Co. G. m. b. H., soll den Rollfuhrdienst in allen Güternahmestellen selbst übernehmen oder von vertraglich gebundenen Unterspeditoren durchführen lassen. Im Einvernehmen mit der Bahn werden Rollgeldhöchstsätze für Stückgut und die hochwertigen Güter der obersten Wagenladungsklassen nach Gewicht festgelegt, so daß in Zukunft jeder Verfrachter die ihm insgesamt entstehenden Beförderungskosten genau übersehen kann. Das Streben der Bahn geht dahin, eine führende Vorbildstellung gegenüber dem jetzigen Zustand zu erreichen. Zur Durchführung dieser Maßnahmen will die Bahn der neuen Schenker-Gesellschaft Zuschüsse gewähren, damit den Fuhrunternehmungen ihre Selbstkosten zuzüglich eines 10prozentigen Gewinnaufschlages garantiert sind. Mit den Vertragspartnern wird die Bahnspedition-Gesellschaft ferner einen Sammelverkehr für Stückgut auf breiter Grundlage einrichten. Durch diese Maßnahmen wird die Reichsbahn die Beförderungskosten beim Bahntransport ermäßigen und den von der Seilbahn nach der Landstraße abgewanderten Verkehr zurückerobern können.

Die mit der Bahnspedition zusammen arbeitenden Unternehmungen sollen sich nun aber ihrerseits gegen eine hohe Konventionalstrafe verpflichten, ohne Genehmigung der Reichsbahn keinen Kraftwagenfernverkehr (über 50 Kilometer) zu unterhalten bzw. zu benutzen oder im Genehmigungsfall eine Sonderabgabe an die Reichsbahn zu entrichten. Im Kraftwagenverkehr sind die Vertragsgesellschaften zur Innehaltung der Frachttarife der Reichsbahn verpflichtet; sie erhalten für jeden Zubringerdienst zur Bahn im Nahverkehr eine Provision.

Bel der Beurteilung dieses Vertrages.

Der seitens der Interessenten bereits den stärksten Widerspruch hervorgerufen hat, wird man voraussichtlich müssen, daß grundsätzlich eine Reorganisation und Verbilligung des Rollfuhrdienstes notwendig und daß auch eine Befestigung des jetzigen wüsten Konkurrenzkampfes zwischen Reichsbahn und Kraftwagen wünschenswert erscheint.

Es kam nicht bezweifelbar werden, daß im Speditions- und Fuhrverkehr eine sehr starke Uebersehung besteht, daß die Rollgebühren in den meisten Orten zu hoch sind, und daß ferner die Gebührenfestlegung heute völlig unübersichtlich ist. Diese Umstände wirken sich insbesondere für Unternehmungen im Klein- und Mittelgewerbe, die keinen Glisanschluß oder kein eigenes Fuhrwerk für die Selbstabholung der Güter besitzen, äußerst nachteilig aus. Es ist zu begrüßen, daß die Reichsbahn jetzt diese Mißstände beseitigen will.

Die Reichsbahn verzichtet allerdings darauf, selbst auf die Bahnspedition Einfluß zu nehmen, wie es ausländische Staatsbahnen, so z. B. in Holland und in der Schweiz jüngst, die englischen Bahnen seit jeher, getan haben, sondern sie will die Reorganisation und Verbilligung der Güter, Abholung und Zufuhr, durch Zwischenhaltung einer weitverzweigten privaten Speditionsunternehmung durchführen. Diese Unternehmung erhält zwar kein Alleinmonopol, sie ist vielmehr verpflichtet, die bestehenden örtlichen Fuhrunternehmungen in den bahnmässigen Rollfuhrdienst einzuflechten. Immerhin wird hier einen privaten Unternehmen der entscheidende Einfluß auf den Güterrollfuhrdienst im gesamten deutschen Verkehrsgebiet eingeräumt.

Wenn die Reichsbahn-Verwaltung auch sagt, daß sich die Tätigkeit des neuen zentralen Unternehmens, der Deutschen Bahnspedition Schenker G. m. b. H., unter Aufsicht der Reichsbahn vollziehen soll, so scheint uns doch in Anbetracht der Größe dieses Verkehrsnetzes und des komplizierten Aufschusses und Entschärfungssystems, das der neue Plan zwischen der Reichsbahn, der Firma Schenker und den Untergesellschaften vorsieht, sowie endlich in Anbetracht der unermesslichen Eingriffe in das Fuhrgewerbe und Speditionswesen mit seiner großen Arbeiter- und Angestelltenchaft,

eine lose Aufsicht der Reichsbahn völlig unzureichend zu sein. Das Projekt scheint uns nur dann annehmbar, wenn

eine ausreichende öffentliche Kontrolle gewährleistet ist, die vermutlich ohne maßgebliche Beteiligung der Bahn an der neuen Bahnspedition-Gesellschaft nicht zu erreichen sein wird.

Die Bindungen, die die Reichsbahn allen an ihrem Zubringer- und Bestelldienst beteiligten Fuhrunternehmungen und Speditions-Gesellschaften bezüglich des Kraftwagenverkehrs auferlegen will, sind allerdings außerordentlich weitreichend. Die Reichsbahn versucht, hier eine Art Konzessionsystem für den Kraftwagenverkehr einzuführen, den sie auf gewöhnlichem Wege nicht erreichen konnte.

Wir glauben allerdings, daß die Reichsbahn über das Ziel hinausschießt, wenn sie die Kraftwagenferntransporte möglichst überhaupt unterbinden oder zum mindesten sehr stark erschweren will, obwohl doch für eine Reihe von Warengattungen, so z. B. bei leicht verderblichen Waren, der schnellere Kraftwagen-transport sich als zweckmäßiger erweist. Es ist ferner damit zu rechnen, daß die Kraftverkehrsgesellschaften, die in der letzten

Schlechter Außenhandel.

Kartellpreise, hohes Zinsniveau und Drosselung des Inlandsmarktes wirken sich aus.

Im Monat Januar hat die Einfuhr weiter, die Ausfuhr noch stärker abgenommen als bisher. Von den vom Statistischen Reichsamt offiziell angegebenen 715 Millionen Einfuhrwerten sind 130 Millionen aus früheren Einfuhren abzuziehen, die im Januar nur noch verrechnet wurden und 40 Millionen hinzuzurechnen, die erst im April abgerechnet werden, so daß sich eine Netto-Einfuhr von 625 Millionen Mark ergibt. Die Ausfuhr betrug 725 Millionen Mark, unter Einrechnung der Reparationsachtfuhr 775 Millionen Mark. Es ergibt sich also ein Ausfuhrüberschuß von 150 Millionen Mark.

Warengruppen	Einfuhr		Ausfuhr ohne Reparationsachtfuhr		Reparationsachtfuhr	
	Des. 1930	Jan. 1931	Des. 1930	Jan. 1931	Des. 1930	Jan. 1931
	in Millionen RM		in Millionen RM		in Millionen RM	
1. Rohstoffe	7,9	8,0	3,8	2,6	—	—
2. Rohstoffe u. Halbfertige Waren	192,4	217,3	32,6	26,3	0,1	0,6
3. Fertige Waren	338,7	374,4	182,9	196,5	13,1	13,9
4. Fertige Waren	122,3	115,6	681,6	592,5	55,8	55,6
5. Gold und Silber	681,3	713,3	851,9	724,0	51,0	50,1
	41,3	38,2	2,5	2,3	—	—

Die Einfuhr ist gegen Dezember weiter recht erheblich gesunken. Konjunkturunünstig ist dabei, daß die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren wieder mit 46 Prozent an diesem Rückgang beteiligt ist. Die Ausfuhr ist gegenüber Dezember einschließlich der Reparationsachtfuhr um 128 Millionen zurückgegangen, wovon nicht weniger als 122 Millionen auf den verminderten Absatz von Fertigwaren entfallen. Der Rückgang der Fertigwarenausfuhr erstreckt sich auf fast alle Industrieerzeugnisse; abgenommen haben namentlich die Ausfuhr von nichtelektrischen Maschinen, Eisenwaren und Textilien.

Wer sich an hohen Ausfuhrüberschüssen freut, mag die Außenhandelsbilanz des Januar erträglich finden. Volkswirtschaftlich ist sie schlecht. Einmal zeigt sich, daß der gesamte Außenhandelsumsatz (Ein- und Ausfuhr zusammen) gegenüber dem Januar v. J. von 2397 auf 1490 Millionen, also fast um 40 Prozent gesunken ist, zum zweiten erfolgt der Rückgang in der deutschen Fertigwarenausfuhr mit katastrophaler Schnelligkeit. Gegenüber dem Monat Oktober 1930 lag im Januar ein Ausfuhrückgang von 242 Millionen vor, oder von fast 30 Prozent, ein Rückgang, der nicht entfernt durch die Senkung der Ausfuhrpreise aufgewogen wird und von dem das Statistische Reichsamt für den Januar mit Recht sagt, daß möglicherweise eine weitere Zunahme der Absatzschwierigkeiten in Rechnung zu setzen ist und daß der starke Rückgang auf Saison-Einflüsse allein nicht zurückgeführt werden kann. Die Januar-Ausfuhr an Fertigwaren liegt auch ganz erheblich unter dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1930.

Natürlich wird man abzuwarten haben, wie sich die Ausfuhrziffern in den nächsten Monaten entwickeln. Wenn sie aber weiter schlecht bleiben, dann ist das trotz des Ausfuhrüberschusses eine schlechte Vorbedeutung für die Zukunft. Es wäre keineswegs verwunderlich, daß auch die deutsche Fertigwarenausfuhr, die bisher der wichtigste Lichtblick in der deutschen Wirtschaft war, in ihrer Konkurrenzfähigkeit zurückgedrängt wird. Die Ausfuhrproduktion ist in Deutschland durch die ungenügende Senkung der Eisen- und Kohlenpreise, durch das im Verhältnis zum Ausland viel zu hoch gebliebene Zinsniveau und durch die zunehmende Drosselung des Inlandsmarktes im Gefolge des Lohnabbaues je länger desto mehr benachteiligt.

Maschinenindustrie im Januar noch nicht besser.

Nach dem Januarbericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten ergab sich im neuen Jahre noch keine nennenswerte Geschäftsbelebung. Das Inlandsgeschäft lag nach wie vor vollständig darnieder. Immerhin erfuhr der Eingang von Auslandsaufträgen nach dem schlechten Dezember eine kleine Erhöhung, die auf wenige Firmen beschränkt blieb. Die Verringerung der Belegschaften kam noch nicht zum Stillstand.

Der Bericht stellt fest, daß der deutsche Inlandsmarkt die Erzeugungsfähigkeit des Maschinenbaues mit 16,8 Prozent nur noch zu einem Sechstel der Normalbeschäftigung in Arbeit stellt. Der BDMB erwartet die Fortsetzung des richtigen mit der Eisenpreis-senkung und dem Lohnabbau beschrittenen Weges, bemerkt aber,

Zeit ihr Leutenweh und ihren Fuhrzeugpark wesentlich erweitert haben, und für die jedenfalls — das gilt besonders für die größeren Unternehmungen — der Ferntransport ein einbringliches Geschäft ist, nicht kampflös die Waffen strecken werden. Diese Unternehmungen werden möglicherweise sogar, wenn sie von der Eingliederung in die Bahnspedition ausgeschlossen bleiben, sich durch Ausbau ihrer Ferntransporte schadlos halten.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt.

aber auch vom fiskalischen Standpunkt der Reichsbahn aus gesehen, besteht ein Interesse daran, daß eine geordnete Arbeitsteilung zwischen Eisenbahn und Kraftwagen Platz greift und daß auch die besonderen Verkehrsleistungen des Kraftwagen-transportes mit ausgenutzt werden. Die jetzigen Pläne der Reichsbahn erscheinen aber doch zu schematisch und zu einseitig reichsbahnorientiert. Es sollte der Versuch gemacht werden, auf breiterer Basis mit dem Kraftwagenverkehr zu einer Verständigung zu gelangen, wofür vielleicht nach vorangegangenen Zusammen-schluß zahlreicher Kraftwagenpediteure jetzt bessere Voraussetzungen gegeben sind als bisher. In jedem Fall ist es notwendig, daß das oberste Aufsichtsorgan, das Reichsverkehrsministerium, und auch, in Anbetracht der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung der gesamten Neuordnung, der Reichstag sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Daß eine Ausnutzung der verbesserten Kostenverhältnisse nur in dem Maße möglich sei, als der Wirtschaft neues Kapital zugeleitet werde. Da eine erhebliche Besserung der Kapitalversorgung aus eigener Kraft vorläufig nicht zu erwarten sei, müsse die Beschaffung von Auslandskrediten eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik werden.

Der BDMB bleibt bei halben Einsichten stehen. Der gewünschte meitere Lohnabbau hat auch für die Maschinenindustrie die Reife, daß die Konsumgüterindustrien Maschinen nicht kaufen können. Diese Industrien kommen auch für Auslandskredite kaum in Frage. Wir sind ebenfalls der Meinung, daß mit aller Kraft auf die Beschaffung von Auslandsanleihen hingewirkt werden muß; wir sind aber auch überzeugt, daß die Kreditwürdigkeit Deutschlands nicht wachsen kann, wenn der Lohnabbau fortgesetzt und der Inlandsmarkt immer aufnahmefähiger gemacht wird.

Ueberraschend gute Baubilanz 1930.

In Berlin der Reinzugang an Wohnungen verdoppelt.

Das Baujahr 1930 war im Ergebnis besser als sein Ruf. Es brachte in den Großstädten über 50 000 Einwohnern auf dem Wohnungsmarkt die bis jetzt größte Bauleistung. Mit 162 000 Wohnungen war das Ergebnis um 13 Proz. höher als 1929 und um 27 Proz. höher als 1928. Der Anteil der Reinzugänge am Gesamtwohnungsbestand ist auf 15,4 gegen 13,2 Proz. gestiegen. Im Dezember 1930 wurden 12 900 Wohnungen, das sind 35 Proz. weniger als im Dezember 1929, fertiggestellt. Die Tendenz hat sich verstärkt, daß größere Wohnhäuser mit mehr Wohnungen gebaut werden und der Anteil der Kleinwohnungen ständig zunimmt. Mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln wurden 88,2 Proz. sämtlicher Wohnungen in Wohngebäuden errichtet gegen 56,8 Proz. im Jahre 1929.

Das Jahresergebnis an fertiggestellten öffentlichen Gebäuden hat sich sehr erheblich verbessert. Es stieg von 3,55 auf 6,23 Millionen Kubikmeter, was einer Zunahme von 75 Proz. entspricht. Bei den gewerblichen Gebäuden war der Rückgang in der Größe des umbauten Raumes kleiner als erwartet; er betrug bei einer Abnahme von 13,35 auf 12,32 Millionen Kubikmeter rund 6 Proz.

In sämtlichen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern wurden im vergangenen Jahre 197 000 Wohnungen fertiggestellt gegen 195 000 im Jahre 1929, woraus sich eine erheblich größere Neubautätigkeit bei den Großstädten ergibt.

Besonders groß war im Jahre 1930 die Bautätigkeit in Berlin, wo mit 43 900 Wohnungen Reinzugang fast das Doppelte des Vorjahres erreicht wurde.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 11. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat sich mit 114,5 gegenüber der Vormonats (113,7) um 0,7 Proz. erhöht. Dies ist hauptsächlich auf Preisermäßigungen für Vieh und Vieherzeugnisse zurückzuführen, doch haben auch die Preise für Nicht-eisenmetalle und einzelne Textilrohstoffe zugenommen.

Richtig zubereitet (drei Minuten gekocht) schmeckt der Kathreiner „soo gut, als ob er wunderwie teuer wäre!“

Und dabei kostet das Pfundpaket nur 50 Pfg!

Gegen rote Hände: Creme Leodor

Die kühlende und heilende Wirkung der schneeweißen Creme Leodor tritt besonders in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte im Winter stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut leistet die Creme bei dem so lästigen Juckreiz der Haut sowie als Puderunterlage vorzügliche Dienste. Tube 60 Pf. und 1 Mk., wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

